Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Mittwoch, den 8. Oktober 1924** | **4. Jahrgang • Nr. 185**

Stahlhelm-Mordtag in Halle!

Unter dem Protektorat der Sozialdemokraten Grützner-Runge

* Halle, 8. Oktober.

„Es ist tatsächlich so, daß der Stahlhelm-Sporttag von größerer Bedeutung ist, als die vielen Deutschen Tage und Feiern."
(„Hallesche Zeitung".)

Je näher wir dem 12. Oktober kommen, um so größer wird die Aufmachung jener Veranstaltung, die von den Schiebern im Hintergrunde mit dem vorsichtigen Namen „Stahlhelm-Sporttag" getauft wurde.

An dem wahren Charakter dieses neuen Faszistenaufmarsches kann kein Zweifel sein. Wie die bürgerliche Presse heute morgen meldet, haben eine große Anzahl bekannter Reaktionäre und wilhelminischer Generale ihr Erscheinen zugesagt. Hindenburg sandte bereits ein Glückwunschtelegramm. Der Faszist Duesterberg erläßt Proklamationen an die Teilnehmer. Die deutschnationale „Hallesche Zeitung" fordert auf, die Stadt in ein Meer von schwarzweißroten Mordfahnen zu kleiden.

Zweifellos also wird der kommende Sonntag einen reaktionären Rummel größten Stils bringen, der selbst den berüchtigten 11. Mai in den Schatten stellen wird. Denn während jener zunächst nur demonstrativen Charakter hatte, wird dieser bereits einen Schritt weitergehen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß aus dem Programm dieses Sporttages unzweideutig hervorgeht, daß es sich ausschließlich um militärische Uebungen handelt. Die Rad-, Kraftwagen- und Motorrädersahrten, die Gepäckmärsche, Fliegerstaffeln und Jiu-Jitschu-Vorführungen sind eine große Generalprobe der reaktionären Rüstungen, die allzubald ihre praktische Anwendung gegen die mitteldeutsche Arbeiterschaft finden werden.

Dieser Sporttag wird ein Mordtag sein!

Die dutsche Arbeiterschaft kennt diesen „Sport" bereits aus Bayern, wo ihn die Hitler-Gardisten fast täglich mit Erfolg gegenüber den wehrlosen Arbeitermassen betätigten. Einen andern Zweck hat auch die Generalparade der Duesterberg-Banditen nicht. Diese Hunde wittern seit langem Morgenluft. Sie wissen, daß in Berlin der reaktionäre Bürgerblock vor seiner Vollendung steht, der ihnen bald praktische Aufgaben für die Aufrechterhaltung der „Ordnung" stellen wird.

Die wichtigste politische Tatsache an dieser Faszistenparade größten Stils ist die Einheitsfront der Duesterberg-Garden mit dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Runge und dem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Dr. Grützner. Runge ist von vornherein seiner Tradition vom 11. Mai treugeblieben, und hat dem „Sporttag" kein Hindernis in den Weg gelegt. Anders Grützner. Dieser glaubte eine gerissene Schiebung machen zu können und verbot zunächst den Rummel. Darob beim sozialdemokratischen Blättchen großer Jubel. „Genosse" (so hatte es ihn früher nicht genannt) Grützner war doch ein Held!

Aber o weh, das dicke Ende kam nach. Wie die Stahlhelmleitung feststellte, gelang es ihr in „Verhandlungen auf freundschaftlicher Basis" mit Grützner und Runge, die Rücknahme des Verbotes zu erwirken. Blättchen ist ganz verdattert. Es stammelt etwas von unbekannten Gründen, unterläßt aber vorsichtigerweise jede Stellungnahme. Wir raten den Lohgerbern in der Blätchenredaktion, doch lieber wieder von „Dr." und nicht vom „Genossen" Grützner zu reden. Nur so werden sie sich vor einem Reinfall sichern. Sollten sie aber um eine Begründung für Grützners schamlose Zustimmung verlegen sein, so weisen wir sie auf einen Artikel in der Montagnummer der reaktionären „Deutschen Tageszeitung", in der es von Grützner heißt, er sei „immerhin ein Mann, der vernünftigen Ratschlägen zugängig" ist. Herr Duesterberg wird dieses reaktionäre Lob nur bestätigen können.

So werden wir also am Sonntag in Halle das Schauspiel eines blutigen faszistischen Aufmarsches unter sozialdemokratischem Protektorat erleben!

Als wir vor einigen Tagen darauf hinwiesen, daß die Sozialdemokratie bereit ist, mit den Deutschnationalen in eine Regierung einzutreten, erhob das hiesige Volksblättchen ein wüstes Geschimpfe. Und was ist nun in Halle? Mit den rechtesten Faszisten „einigen" sich die Grützner-Runge auf „freundschaftlicher Basis"! Das Objekt der Einigung sind die gesunden Knochen der mitteldeutschen Arbeiter. Die beiden sozialdemokratischen Größen gestatten den Banditen, die heute schon mit Fensterscheibeneinwerfen ihren Terror vom Sonntag enleiten, ungestörte Wirksamkeit. Auf das Konto dieser beiden Arbeiterverräter, und der verlumpten SPD. im allgemeinen, ist das Leben und die Gesundheit all der Arbeiter zu setzen, die am kommenden Sonntag und in Zukunft den „Stahlhelm-Sportlern" in die Hände fallen. Sie werden sich bei der Grützner-Runge-Partei bedanken können, daß sie den Henkern eine ungestörte Probemobilmachung zugesichert haben.

Der 12. Oktober ist für die mitteldeutsche Arbeiterschaft eine ungeheure Mahnung, endlich ernst zu machen mit der Bildung einer geschlossenen Kampffront in den Betrieben. Nur die ungeheure Passivität der letzten Monate hat es den Duesterberg-Banditen ermöglicht, ungestörte Vorbereitungen für ihr Mordhandwerk treffen zu können.

Der Tag, an dem die mitteldeutsche Arbeiterschaft aufsteht zum Kampf, wird ein Tag der Zertrümmerung für die faszistischen Mord-„Sportler" und ihre sozialdemokratischen Zuhälter sein!

Das Echo von Gotha

Die Belegschaft der Mitteldeutschen Stickstoffwerke stellt sich hinter die zehn Forderungen — Ein Vertreter zur Delegation an den Reichstag gewählt

Wittenberg, 8. Oktober.

Die gestern abend stattgefundene Belegschaftsversammlung der Mitteldeutschen Stickstoffwerke Piesteritz (3000 Mann) nahm nach einem eingehenden Referat über die wirtschaftliche Lage einstimmig eine Resolution an, in der es heißt:

„Wir stellen uns einmütig hinter die zehn Forderungen der Gothaer Betriebsräte. Wir, die Belegschaft der Mitteldeutschen Stickstoffwerke geloben feierlichst, uns mit aller Energie für deren Durchführung einzusetzen. Wir rufen allen Werktätigen zu: Auf zum Kampf! Nieder mit dem internationalen Ausbeutergesindel! Es lebe die revolutionäre Einheitsfront der kämpfenden Werktätigen!"

Aus der Belegschaft heraus wurde noch einmal auf die Mahnung des Referenten hingewiesen, die gewerkschaftliche Einheit herzustellen. Ein Betriebsrat betonte ausdrücklich die Notwendigkeit eines geschlossenen einheitlichen Kampfes, da der Direktor des Werkes ihm erklärt habe, auf Grund des Londoner Abkommens müßte die deutsche Produktion verbilligt werden, durch Herabminderung des Lohnanteils.

Zum Schluß nahm die Belegschaftsversammlung mit besonderer Entrüstung Kenntnis von dem brutalen Verfolgungsfeldzug gegen die kämpfenden Arbeiter, deren Opfer die 7000 Inhaftierten sind. Einmütig stimmte sie folgendem Beschluß zu:

„7000 revolutionäre Arbeiter sind zur Strecke gebracht, schmachten hinter Kerkermauern, weil sie es wagten, den Kampf gegen unsere Ausbeuter aufzunehmen. Ueber 1000 Proletarier, darunter die besten Führer, sind ermordet. Die Familien der Hingemordeten und Eingekerkerten leiden bitterste Not. Das Maß ist voll. Wir verlangen die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen. Wir verlangen, daß der Reichstag in seiner nächsten Sitzung sofort Stellung dazu nimmt, daß er endlich das langersehnte Amnestiegesetz herausbringt. Um dieser Forderung besonderen Nachdruck zu verleihen, wählt die Belegschaft einen Vertreter, der vor der nächsten Reichstagssitzung sich mit den Vertretern der breiten Masse ins Einvernehmen zu setzen hat, um ultimativ den Antrag im Plenum des Reichstages zu stellen:

Heraus mit den politischen Gefangenen!"

Stillegung bei den Riebeck-Montan-Werken

Döllnitz, 8. Oktober.

Die Oelfabrik Döllnitz der Riebeck-Montan-Werke hat ihre gesamte Belegschaft wegen angeblichen Arbeitsmangels bis auf weiteres „beurlaubt". Nur die Lichtzentrale arbeitet noch mit 15 Mann.

Riesige Entlassungen in ganz Deutschland

München, 7. Oktober.

Der Arbeitgeberverband der bayrischen Erzbergbau- und Hüttenbetriebe hat den Arbeitern in den oberpfälzischen Hüttenwerken gekündigt. Die Kündigung soll eine Abwehrmaßnahme darstellen wegen des Streiks in der Luitpoldhütte in Amberg, wo etwa 1400 Arbeiter streiken. Diese Zahl dürfte sich durch die neue Maßnahme auf etwa 7500 erhöhen.

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 8. Oktober.

Phönix hat sämtliche auswärtigen Monteure entlassen. Malmedi entließ 150 und das Oberbilker Stahlwerk 200 Mann. Rheinmetall entläßt etappenweise auf den einzelnen Abteilungen. Die Abteilung Hüttenwerk hat bereits fast sämtliche Arbeiter entlassen. Die Kleinfirma Wildschütz hat die Gesamtbelegschaft entlassen.

Textilkapital will den 10½-stündigen Arbeitstag erzwingen

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 8. Oktober.

Zu den in der vorigen Woche aus München-Gladbach gemeldeten Vorstößen der Textilausbeuter erhalten wir jetzt aus Werden a. d. Ruhr die Meldung, daß in der Textilindustrie ohne Verhandlungen mit den Betriebsräten der 10½-stündige Arbeitstag eingeführt worden ist. Die Textilarbeiter folgen noch den Reformisten und haben die verlängerte Arbeitszeit geschluckt, trotzdem die Textilindustrie augenblicklich Saisonkonjunktur hat. Der Betriebsrat verhandelt.

Gehaltsaufbesserung der Bauangestellten abgelehnt

(Eig. Drahtm.) Essen, 8. Oktober.

Die Verhandlungen der technischen Angestellten, die Bezahlung nach Leistung durch einen Staffeltarif zu ersetzen und die Januarlöhne um 35 bis 40 Prozent zu erhöhen, sind ergebnislos verlaufen. Die erbärmlichen Gehälter stellen die Angestellten vor die Wahl, sich mit den Arbeitern zusammenzuschließen oder weiter zu hungern.

Brutalitäten der Kohlenkönige

(Eig. Drahtm.) Hamm, 8. Oktober.

Die Zeche „Alte Hellweg" droht in einem Anschlag, bei Förderung unreiner Kohle jeden Bergmann fristlos zu entlassen. Nach diesem Anschlag wurde bereits 32 Bergarbeitern gekündigt. 30 Mann erhielten außerdem 50 Pfennig Strafe, weil sie das Lohnbuch zu spät abgaben.

Verhungert!

(Eig. Drahtb.) Rheydt, 7. Oktober.

Den Arbeiter Hilgers, der 20 Jahre lang im Städtischen Fuhrpark beschäftigt war und nachher abgebaut wurde, fanden Nachbarn in total verhungertem Zustand in seinem kalten Zimmer liegen. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er kurze Zeit darauf an Entkräftung starb. Als zur angesetzten Zeit vier Arbeiter des Städtischen Fuhrparks an der Beerdigung teilnehmen wollten, mußte erst noch ein Sarg von der Armenverwaltung geholt werden, ehe die Beerdigung stattfinden konnte.

Kuhhandel um die Regierungsbildung

Hinter den Kulissen wird eifrig weiter geschoben, um eine gegen die Arbeiterschaft aktionsfähige Regierung zustande zu bekommen. Reichskanzler Marx hat „Richtlinien" aufgestellt, in denen allerhand Phrasen, wie „Volksgemeinschaft", „gerechte Verteilung der Lasten" usw. vorkommen. Natürlich wird nicht die formelle Zustimmung zu diesem Verlegenheitsprodukt, sondern die realen Abmachungen in Geheimverhandlungen entscheidend sein.

Nach wie vor sind die Sozialdemokraten Anwärter auf Regierungssessel gemeinsam mit den Deutschnationalen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241008-14/fragment/page=0001

Zum Terrorurteil im Bludau-Prozeß

Das Urteil im großen Düsseldorfer Prozeß ist gefällt. Der Erwerbslosenvertreter Bludau wurde wegen „Nötigung" zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, Genosse Gerst „wegen Besitzes einer Schußwaffe" zu 4 Monaten Gefängnis, die Genossen Goral und v. d. Berg wegen „Nötigung" und „Teilnahme am Aufruhr" zu 7 Monaten Gefängnis und Genosse Trüdcher „wegen Teilnahme am Aufruhr und Entwaffnung eines Polizeibeamten" zu 6 Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten mußten freigesprochen werden, da nach dem völligen Zusammenbruch des Anklagematerials auch nicht das geringste „Verbrechen" gegen sie konstruiert werden konnte.

Trotzdem aber nach dem Artikel des Londoner Pakts Amnestie für alle politischen Straftaten im besetzten Gebiet vereinbart wurde, hat das Gericht ausdrücklich dahin entschieden, daß die Fälle Bludau und Genossen nicht unter die Amnestie fallen.

Die von fanatischem Haß gegen das Proletariat erfüllten Klassenrichter haben dabei durchaus logisch gehandelt.

Als in London Herriot und Marx „Frieden" schlossen, haben sie eine Amnestie für die beiderseitigen Schützlinge vereinbart. Das Düsseldorfer Klassengericht hat durch die Verweigerung der Amnestie für Bludau und Genossen diesen insofern ein Ehrenzeugnis ausgestellt.

Amnestiert wurden die von Poincaré gekauften separatistischen Lumpen.

Amnestiert wurden die bürgerlichen Kriegsgefangenen Herriots, für die sich Marx einsetzten.

Aber für die gemeinsamen Feinde Herriots und Marx', die revolutionären Arbeiter, setzt sich natürlich keine von den beiden Regierungen ein. Sie werden weiter in die Gefängnisse und Zuchthäuser geschickt.

Darum muß sich für die proletarischen politischen Gefangenen das deutsche Proletariat einsetzen. Marx, der auf Wunsch Herriots die gekauften separatistischen Lumpen freigelassen hat, wird die ehrlichen, überzeugungstreuen proletarischen Kämpfer nur freigeben, wenn ihn eine stärkere Macht, die Macht des einig vorgehenden Proletariats, dazu zwingt.

Darum muß der Kampf um die Amnestie noch verstärkt werden! Heraus mit den Kriegsgefangenen der herrschenden Klasse!

Massenverhaftungen in Niedersachsen

(Eig. Drahtb.) Hannover, 7. Oktober.

Auf ausdrücklichen Befehl des Oberpräsidenten Noske fanden im ganzen Bezirk Niedersachsen am Sonntag und Montag zahlreiche Hausuchungen und Verhaftungen von Kommunisten statt. In Braunschweig, Wolfenbüttel, Holzminden, Blankenburg und allen kleinen Orten, wurde nach Maschinengewehren, verbotenen Schriften usw. gehausucht. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Während die Deutschnationalen und Sozialdemokraten um die Bildung der größten Koalition sich abmühen, beeilen sich Noske und der sozialdemokratische Ministerpräsident von Braunschweig, die Brauchbarkeit der Sozialdemokratie für die größte Koalition zu beweisen. Diese neuen Angriffe gegen das klassenbewußte Proletariat sollen die Eignungsprüfung der Sozialdemokraten für die Ministersessel in der deutschnationalen Regierung darstellen.

Reichsbanner und Schupo mit Messer und Knüppeln gegen Arbeiter

(Eig. Drahtb.) Leipzig, 7. Oktober.

In Bösdorf (Westsachsen) fand eine von der SPD. einberufene öffentliche Versammlung statt, in der Lipinski über Schutzzoll und Bürgerblock referierte. Aus Leipzig war das **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit Lastkraftwagen und Anhängern** erschienen. Lipinskis Referat war eine einzige **Kommunistenhetze.** Die klassenbewußten Arbeiter antworteten auf diese Provokation mit eiserner Disziplin. Deshalb gab die Versammlungsleitung den Befehl zur direkten Provokation. Ein Reichsbannermitglied bekam den Auftrag, eine Flugblätter verteilende **Genossin zu verprügeln.** Dann gab der Führer des Reichsbanners mit der Trillerpfeife das Signal zum **allgemeinen Ueberfall auf die anwesenden Arbeiter.** Mit Totschlägern, Gummiknüppeln und Messern wurde auf die revolutionären Arbeiter eingehauen, die aber trotzdem die **Reichsbannerleute** zurückdrängten und die Versammlung beruhigten. Während Lipinski zu Ende sprach, wurden neue Kommandos Reichsbanner auf Lastautos herbeigeholt. Als in der Diskussion unter Genosse Lieberasch sprach, wurde plötzlich der ganze Gasthof von Schupo umstellt, die von der Versammlungsleitung geholt worden war. Nur Reichsbannerleute durften den Saal verlassen. Alle Versammlungsteilnehmer wurden dann gemeinsam von Schupo und Reichsbanner durchsucht.

Die schwarzrotgoldenen Halunken, die eben noch mit Messern und Totschlägern auf die Arbeiter losgegangen waren, zeigten sich jetzt als Denunzianten. Durch die **Denunziationen der SPD.-Leute wurden elf Genossen verhaftet,** die abtransportiert wurden unter der Drohung: **„Wer zu fliehen versucht, wird erschossen."**

*

Dieses Hand-in-Hand-Arbeiten der Schutzpolizei und des Reichsbanners beweist klar, welche Aufgaben das Reichsbanner hat: Gemeinsam mit der Schupo die revolutionären Arbeiter zu bekämpfen und Provokations- und Spitzeldienste der Schupo zu leisten. Das dies im „linken" Sachsen geschieht, wundert uns nicht. Der sächsische sozialdemokratische Polizeioberst Schützinger hat ja in mehreren Artikeln ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Reichsbanner die Aufgabe habe, die Schupo bei inneren Kämpfen zu unterstützen und gegebenenfalls zu ersetzen. Die Arbeiter müssen an dem Auftreten des Reichsbanners lernen, daß das Reichsbanner sich voll und ganz in den Dienst der Bourgeoisie zur Niederschlagung des Proletariats stellt. Die Arbeiter müssen dem arbeiterfeindlichen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold den revolutionären Roten Frontkämpfer-Bund entgegensetzen.

Eine Perle von Sozialdemokrat

(Eig. Drahtm.) Menden, 8. Oktober.

Die Ortsgruppe der KPD. Menden hatte eine Versammlung beantragt. Sie bekam vom Regierungspräsidenten in Arnsberg folgenden Bescheid:

„Ihrem Antrage vom 17. September auf Erteilung der Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel bin ich nicht in der Lage, zu entsprechen. Bei Ausständigung dieses Bescheides ist eine Verwaltungsgebühr von fünf Goldmark zu entrichten."

Der Regierungspräsident von Arnsberg heißt König und ist natürlich Sozialdemokrat.

Die Flucht ins Mauseloch

Der Herriot hat seinen Propheten Victor Basch aus Paris nach Deutschland geschickt, damit er dem Volke predige, daß Deutschland im Namen der Gerechtigkeit, Moral usw. seine Reparationen pünktlich zu zahlen habe. Er erzählt hier, „daß es eine Lust zu leben sei", seitdem Herriot an der Regierung ist. Für gestern abend hatte besagter Basch eine große Kundgebung in Potsdam angekündigt. Die Stahlhelmer forderten auf, die Versammlung zu sprengen. Severing hätte die Versammlung sicher gern verboten. Aber Befehl ist Befehl. Mit Herriot darf man es nicht verderben. Also die Predigt durfte nicht verboten werden. Dafür verlegte man sie in einen kleinen Saal des Gewerkschaftshauses in Potsdam, der kaum 200 Personen faßt. Zugelassen wurden überdies nur Reichsbannerleute, die sich als solche ausweisen konnten. Zum Schutz waren einige hundert Schupoleute aufgeboten. Stahlhelm hatte die Hosen noch voller, als er vorher das Maul genommen hatte. So konnte Basch also wieder predigen: 1. Gebot: Du sollst glauben an den Herriot. 2. Gebot: Zahle Reparationen, damit es für uns eine Lust sei zu leben! Und Reichsbanner-Rollet klatschte Beifall.

Abrechnung mit Severing

Rede des Genossen Schwenk

Berlin, 7. Oktober.

In der Debatte über Severings Etat im Preußischen Landtag sprach

Genosse Schwenk.

Er führte aus:

Minister Severing hat sich gegen die Behauptung gewehrt, als ob seine gegen die kommunistischen Gemeindevertreter gerichtete Verfügung eine Ausnahmeverordnung sei. Sie wende sich gegen alle ohne Ansehen der Partei, die nicht die mit den öffentlichen Aemtern verbundenen Verpflichtungen auf sich nehmen wollten. Severing wird durch den Wortlaut seiner Verfügung Lügen gestraft. Es ist darin ausschließlich von Kommunisten die Rede.

Vom Innenministerium ist sogar eine Anweisung hinausgegangen, worin den Vorsitzenden der Stadtverordneten- und Gemeindevertretersitzungen zur Pflicht gemacht wird, die **Kommunisten mit Polizeigewalt aus den Sitzungssälen entfernen zu lassen.** Und es haben sich zahlreich genug Mamelucken gefunden, die der Weisung von oben nur zu gern Folge leisteten.

Zur Rechtfertigung seines verfassungs- und rechtswidrigen Vorgehens beruft sich Severing auf die Instruktionen, die durch die Parteileitung an die Gemeindevertreter gegeben worden sind. Was steht aber anderes darin, als daß die Kommunisten grundsätzlich anders zum Parlament und zu den parlamentarischen Aufgaben stehen, und daß sie als Vertreter der breiten Massen dauernd in engster Fühlung mit diesen Proletariermassen zu bleiben und zu handeln haben, und daß eiserne Disziplin den Parteigrundsätzen gegenüber für sie oberstes Gebot sein muß. Daß den bürgerlich-parlamentarischen Kretins ob solcher Offenheit und Konsequenz die Haare zu Berge stehen, begreifen wir durchaus, das gibt dem preußischen Innenminister aber in keiner Weise ein Recht, die 760 Stadtverordneten und die Tausende von Gemeindevertretern, die die KPD. allein in Preußen hat und die unter den in der Instruktion aufgezeichneten Voraussetzungen gewählt worden sind, unter Ausnahmerecht zu stellen.

Severing möchte uns durch seine Verfügung gern glauben machen, daß die Verpflichtung der kommunalen Vertreter durch Handschlag etwas Heiliges wäre. Er möchte den Anschein erwecken, als ob die Interessenvertreter des Bank-, Handels-, Industrie- und Agrarkapitals mit dem Augenblick ihres Eintritts in die kommunalen Körperschaften wahre Helden der Selbstlosigkeit würden und nur noch das Allgemeinwohl im Auge hätten. Er glaubt das aber selbst nicht. Um so niederträchtiger ist sein Vorgehen gegen die Kommunisten, die nichts anderes getan haben, als ein freches Komödienspiel vor aller Oeffentlichkeit zu enthüllen, ein Komödienspiel, das nur den Zweck hat, bei den breiten Massen die Illusion wachzuhalten, als ob auch von den bürgerlichen und verbürgerlichten Klassenvertretern ihre Interessen wahrgenommen würden. Severing würde auch der letzte sein, der jemand Wortbruch vorwerfen könnte; er ist zu sehr und für alle Zeit mit dem Bruch des Bielefelder Abkommens belastet.

In denselben Rahmen fallen die zahllosen **Nichtbestätigungen gewählter kommunistischer Schöffen, Beigeordneten und Magistratsmitglieder.** In letzter Zeit gibt man nicht einmal mehr Gründe dafür an. Es genügt, wenn einer Kommunist ist, um ihn schon von vornherein als vertrauensunwürdig erscheinen zu lassen. Bürgerliche dagegen sind stets vertrauenswürdig, auch wenn es sich um sehr zweifelhafte Ehrenmänner handelt, wie die Verantwortlichen des **Waldenburger Sparkassenstandals,** oder der **M.-Gladbacher Stadtbauschmeinereien,** oder der ungeheuerlichen **Betrugsfälle der ostpreußischen Landbank** oder — wenn es sich um einen Leinert handelt.

Einen besonderen Skandal stellt die **Nichtbestätigung des Genossen Ausländer** dar, die deswegen erfolgte, weil er sich mit Recht weigerte, eine im Hinblick auf seine Beamteneigenschaft verfassungswidrige Erklärung abzugeben.

Eine weitere Ergänzung zu der Severingschen Verwaltungspraxis bietet die Amtsenthebung des Genossen Stolt. Ohne Vernehmung der Entlastungszeugen hielt das Oberverwaltungsgericht es für ausreichend, daß Stolt vor drei Jahren einem Leuna-Kämpfer eine Unterstützung zukommen lassen wollte und daß er in einem andern Falle zu Erwerbslosen gesagt haben soll, „geht stehlen, Proleten müssen alles durchmachen", um ihn seines Amtes verlustig zu erklären. Leute dagegen, wie Oberbürgermeister Boeß, die an die Stadtverordnetenversammlung Erpresserbriefe schreiben, bleiben im Amte.

Mit dem **Bestätigungsrecht** wird auch heute noch der schlimmste politische Mißbrauch getrieben, obgleich die Sozialdemokraten seit Jahrzehnten und auch heute noch gerade deswegen angeblich für Aufhebung sind. Draußen im Lande aber wirken sie fleißig mit, die Kommunisten an der Ausübung ihrer ihnen vom Vertrauen der Wähler übertragenen Funktionen zu hindern.

Die andauernde Kommunistenhetze nimmt den Minister so in Anspruch, daß er zu anderweitiger Betätigung keine Zeit mehr findet. Seit vielen Wochen ertönen aus den von Mißernte betroffenen **Kleinbauerndistrikten** die Notschreie. **Es geschieht von Regierungsseite nichts.** Als aber am 14. September die Bauern in Gerseld zusammenkommen wollten, um über Mittel und Wege der Abhilfe zu beraten, da hat ihnen Severing mit brutaler Polizeifaust ihren Bauerntag zersprengt.

Aus dem Kreise Trebnitz ist neuerdings ein Hilferuf gekommen. Dort holt der Steuerexekutor das beste Pferd, die letzte Kuh aus dem Stalle. Die Regierung rührt sich nicht.

Der Innenminister heulmeierte oft schon über das gewiß beklagenswerte und harte Los der **von den Besatzungsbehörden Vertriebenen.** Er findet aber kein Wort gegenüber der Tatsache, daß durch das fluchwürdige kapitalistische System im Jahre 1913 bereits 20 400, im Jahre 1923 aber 115 400 Deutsche zur Auswanderung gezwungen worden sind. Im Gegenteil, durch seine Politik wird dieses System gestützt und gefördert und die Zahl der Auswanderer vermehrt.

Die Nöte steigen: mit blauen Bohnen ist da nicht zu helfen. Es wächst die Erkenntnis, daß die Kommunisten die wahren Führer der Unterdrückten und Ausgebeuteten sind. Allein die Tatsache, daß 7000 unserer Besten nicht nur das Opfer der Freiheit für die Idee des Kommunismus gebracht haben, sondern weit mehr noch bereit sind, ihr Leben dafür in die Schanze zu schlagen, beweist, was für eine zieghafte Kraft dem Kommunismus innewohnt und gibt uns die Gewißheit, daß der Kommunismus schließlich über Severing und alle andern Widersacher triumphieren wird.

Anklagen des Genossen Meyer

(Eig. Drahtm.) Berlin, 8. Oktober.

Am Dienstag wurde im Preußischen Landtag die Debatte über Severings Etat fortgesetzt. Alle Reden der bürgerlichen Parteien und der SPD. standen unter dem Zeichen: Große Koalition oder Bürgerblock. Heilmann von der SPD. suchte besonders das Zentrum bei der Stange zu halten, indem er versicherte, daß die SPD. ebenso loyal wie bisherdie Forderungen des Zentrums in der Kirchen- und Schulfrage beachtet habe. Seine Rede klang aus in ein Bekenntnis zur Ueberbrückung der Klassengegensätze. Genosse

Ernst Meyer

schilderte die Polizeibrutalitäten bei dem Ueberfall auf die russische Handelsvertretung. Er stellt fest, daß Severing die Polizei und den verantwortlichen Leiter des Ueberfalles, Weiß, bei den Ausschußberatungen in Schutz genommen habe. Severing hat damit das Gegenteil gesagt von dem, was Stresemann offiziell erklärt hat, indem er in dem bekannten Abkommen mit Sowjet-Rußland Polizeimaßnahmen ausdrücklich gemißbilligt hat. Severing wird Weiß seinen Neigungen entsprechend weiter im Polizeidienst beschäftigen. Genosse Meyer stellte schließlich fest, daß das Innenministerium Mitschuldige und Mitwisser an den Mordtaten an revolutionären Führern bei seinen Behörden unterbringt, damit sie Stillschweigen bewahren. So ist Tamschick, der Mörder von Jogisches und Dorenbach, zum Polizeioberleutnant in Königsberg gemacht worden, während der im Fall Dorenbach schwer belastete Staatsanwalt zum Oberregierungsrat im Ministerium Severings geworden ist.

Ein gutes Zeugnis für die Sozialdemokraten

(Eig. Drahtbericht.) Rom, 7. Oktober.

Anläßlich der Eröffnung des liberalen Kongresses, der darüber entscheiden soll, wie die Liberalen zu Mussolini stehen, stellt der Leitartikel der bürgerlichen „Stampa" den Sozialdemokraten folgendes glänzendes Zeugnis aus: „Die Hinweise Mussolinis auf den Oppositionsblock als „subversive Elemente" sind ein kindisches Mauwau. Wenn in Italien heute etwas existiert, was gegen die „subversiven Elemente" da ist, so ist es dieser Block. Man kann mit ruhigem Gewissen sagen, daß niemand gegen eine Wiederbelebung der „subversiven" Bewegung energischer Front macht, als Männer wie Amendola und Turati. Und zwar nicht bloß aus Ueberzeugung und Temperament, sondern aus politischer Klugheit, weil eine revolutionäre Welle vor allen sie verschlingen würde. Die Rede Turatis auf dem Lombardischen Bezirksparteitag ist der aufrichtigste Beweis dieses antisubversiven (verstehe: antikommunistischen) Geistes. Er hat viel mehr gegen Bolschewismus und Maximalismus, als wie gegen den Faszismus polemisiert. Der Oppositionsblock ist der beste Damm gegen links!"

*

Bedeutsam ist auch die Rede, die Mussolini auf einem Empfang der Konstitutionellen Vereinigung in Mailand hielt und die offensichtlich im Zusammenhang mit dem Kongreß der Liberalen in Livorno zusammenhängt. Mussolini erklärt in dieser Rede ganz offen, daß die Regierung von keiner Seite und von keiner Partei Bedingungen annehmen könne. **„Man verlangt die Aufhebung der faszistischen Miliz. Das ist jedoch ein absurdes Verlangen, denn ihre Auflösung wäre ein nie wieder gutzumachender Fehler. Man darf nicht vergessen, daß die Miliz ein Organismus ist, der nur aus Freiwilligen besteht und dem Vaterlande gute Dienste geleistet hat. Sie wird auch wieder gute Dienste leisten."**

Man muß schon sagen: Mussolini nimmt kein Blatt vor den Mund. Er erklärt, daß er gar nicht daran denkt, die faszistische Miliz, diese wichtigste ungesetzlichste Stütze der Regierung, aufzulösen. Denn „sie wird auch wieder gute Dienste leisten". Es ist nicht zweifelhaft, worin diese guten Dienste bestehen werden. Des italienischen Proletariats bemächtigt sich zunehmende Erregung. Mit dem dauernden Sinken des Kurses des Lire wächst auch die **Teuerung. Die Bevölkerung wächst zudem, was nicht zuletzt mit den Folgen der Johnson-Bill (das neue amerikanische Einwanderungsgesetz, das nur sehr wenigen Italienern die Einwanderung gestattet, während früher ein außerordentlich starker Ueberschuß der proletarischen Bevölkerung, die in Italien überhaupt nicht mehr leben konnte, nach Amerika auswanderte) in Verbindung zu bringen ist.**

Die Frage, die die Presse der Faszisten und der konstitutionellen Oppositionsparteien, von denen die Liberalen die rechtesten sind, immer wieder behandelt, ist die „bolschewistische Gefahr". Die Faszisten behaupten, daß in Italien eine „bolschewistische Gefahr" bestehe, die sich hinter der Opposition verberge. Die Opposition behauptet und „beweist" sogar, daß eine bolschewistische Gefahr nicht bestehen könne. Man muß sich vor Augen halten, daß die gesamte Opposition ihre antikommunistisch-faszistische Kampagne verstärkt, um dem Kleinbürgertum, das vor kurzem vom Faszismus zum Antifaszismus hinübergewandert ist, zu zeigen, daß die Oppositionsparteien für die wahre und wirksame Wiederkehr zur Gesetzlichkeit und zu normalen Verhältnissen sind. **Es ist sicher, daß in dem Augenblick, in dem die Oppositionsparteien an die Stelle des Faszismus treten würden, eine grausame Verfolgung der Kommunisten einsetzen würde: eine gesetzliche Verfolgung, aber deshalb nicht weniger wüst und erbarmungslos.**

Wie wenig die Liberalen an eine ernsthafte Bekämpfung Mussolinis denken, beweisen die Ausführungen der „Vossischen Zeitung", die auf die provokatorische Rede Mussolinis keine andere Antwort weiß, als die Feststellung, daß der Kongreß der Liberalen, denen die „Vossische Zeitung" bekanntlich sehr nahesteht, „sich eine Kritik des Faszismus vorbehält, im übrigen aber abwarten will, wie sich die Dinge entwickeln".

Räumung Dortmunds — in sechs Wochen?

Das „Berliner Tageblatt" meldet:

Dortmund, 6. Oktober.

Die Besatzungstruppen sollen befehlsgemäß zum Abmarsch bereit sein, doch soll die Räumung der Dortmunder Zone noch vier bis sechs Wochen auf sich warten lassen. Die Festsetzung der Zonengrenze ist im Laufe der nächsten Wochen endgültig zu erwarten.

Neues vom Tage

51er-Denkmal in Breslau. Die Enthüllung des Heldendenkmals des Inf.-Reg. Nr. 51 in Breslau auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz findet am Sonntag, dem 12. Oktober, um 11½ Uhr, statt. Aufmärsche der Reaktionäre finden täglich in ganz Deutschland statt. Zum Deckmantel dienen Heldendenkmals-Enthüllungen, Wehrtätigkeitsveranstaltungen, usw.

Selbstmord eines Schülers — die Folge bürgerlicher „Pädagogik". In Harburg stürzte sich ein 13jähriger Schüler der Tertia, der ein schlechtes Zeugnis erhalten hatte, auf den Schulhof. Er war sofort tot. Der Knabe hatte sich nach Schulschluß heimlich in den dritten Stock geschlichen und von dort aus den Todessprung unternommen.

„Idyllische" Wohnungsverhältnisse herrschen in Weißenstadt. Die Leichenhalle ist bereits durch den Totengräber bewohnt; nun wurde auch die Vorhalle des Rathauses mit Hilfe von Betten, Tischen, Schränken und Kinderwagen in ein „trauliches Heim" verwandelt. Wie verlautet, wird nunmehr auch der Wartesaal im Bahnhof von Zwangsmietern in Anspruch genommen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241008-14/fragment/page=0002

Reichsbetriebsrätekongreß der Tschechoslowakei

(Von unserem eigenen Berichterstatter)

Prag, 6. Oktober.

Vom 2. bis 5. Oktober tagte in Prag der **internationale Kongreß für Sozialpolitik**, auf dem Staatsmänner Europas mit den bürgerlichen Professoren und den Amsterdamer Gewerkschaftsführern gemeinsam darüber beraten haben, wie man am zweckmäßigsten mit der Phrase „Sozialpolitik" die Arbeiterschaft ködert und der revolutionären Bewegung durch gesetzliche Verankerung der sogenannten Sozialpolitik Fesseln anlegte. Zu gleicher Zeit, und zwar am 4. und 5. Oktober trat das Arbeiterparlament der Tschechoslowakei — der Betriebsrätekongreß — zusammen. Der 1. Reichsbetriebsrätekongreß der Tschechoslowakei ist die Antwort auf die Offensive des Kapitals und die erste ernste Massenmobilisierung zum Kampfe für die Eroderung der politischen Macht. Er war von 1000 Betriebsräten beschickt. Alle Nationalitäten, Tschechen, Deutsche, Slowaken, Polen, Magyaren, Ruthenen, Arbeiter und Bauern, waren vertreten.

Im Mittelpunkt der Beratungen des Reichsbetriebsrätekongresses stand der **Kampf gegen die Teuerung**, gegen die Schläge auf den **Achtstundentag**, gegen **Steuerdruck**, für **höhere Löhne, für die Produktionskontrolle**. Referenten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten waren ausschließlich Arbeiter aus den Betrieben. Ohne Unterschied der Partei und der Nationalität betonten sie die Notwendigkeit der Organisierung des einheitlichen Kampfes, der Schaffung einer Kampfgemeinschaft auf Leben und Tod.

Bereits am ersten Tage der Verhandlungen gab eine Anzahl Betriebsräte aus dem Lager der Sozialdemokraten, Christlich-sozialen und der Sozialnationalen Erklärungen ab, daß sie allen Verlautbarungen ihrer Führer zum Trotz sich mit dem bereits entwickelten Programm völlig einverstanden erklären und in unverbrüchlicher Treue sich für den gemeinsamen Kampf einsetzen, um den Sieg vollständig zu erringen.

Von symptomatischer Bedeutung dieser Erklärungen ist, daß sie unmittelbar nach den Begrüßungsworten des Vertreters der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei abgegeben wurden.

Der Kongreß der Betriebsräte hat durch seine Beschlüsse klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß sie von den kapitalistischen Regierungen und von den Amsterdamer Lakaien nichts zu erwarten haben, daß jede Verbesserung ihrer Lebenslage, die Erhaltung des Achtstundentages, die Erhöhung ihrer durch eine empfindliche Teuerung verringerten Reallöhne, die Zurückweisung der Konterrevolution einzig und allein möglich ist durch die Vereinigung der gesamten Arbeiterklasse durch die Betriebsräte zum rücksichtslosen, revolutionären Klassenkampf in Gemeinschaft mit der Kommunistischen Partei. **Einstimmig beschloß der Kongreß, ein Zentralkomitee einzusetzen** und in allen Wirtschaftsgebieten besondere Betriebsrätezentralen zu schaffen, die unmittelbar die Mobilisierung der Massen und die Organisierung des Kampfes durchzuführen haben.

Der Kongreß der Betriebsräte ist ein Zeichen der revolutionären Entwicklung in der Tschechoslowakei inmitten einer starken industriellen **Krise mit unerhörter Arbeitslosigkeit.** Da die tschechische Bourgeoisie aus ihrer Lage keinen anderen Ausweg als die Knebelung der Arbeiter, die Unterdrückung ihrer Presse und die Ausnützung des Staatsapparates für ihre Profitinteressen weiß, wird die Krise sich vertiefen und verschärfen und die soeben begonnene Einheitsfront der Arbeiter und der Bauern zu einer wirklichen Kampfgemeinschaft werden.

Während der Tagung des Kongresses zog durch die Straßen Prags

eine Demonstration von 30 000 Arbeitern,

ein Beweis, daß die proletarischen Massen hinter ihren Vertrauensleuten stehen. Vertreter der Arbeiter sechs verschiedener Nationen sprachen zu den Demonstranten. Auch hier sprachen sozialdemokratische, christlichsoziale und sozialnationale Arbeitervertreter für die Organisierung des gemeinsamen Kampfes zur Niederzwingung der Bourgeoisie.

Das internationale Proletariat muß der Entwicklung der Ereignisse in der Tschechoslowakei die größte Aufmerksamkeit schenken. Insbesondere die deutsche Arbeiterklasse muß sich der Bedeutung der Entfaltung der revolutionären Kräfte in der Tschechoslowakei bewußt werden, seine Kämpfe für die Zurückeroberung des Achtstundentages, für die Erringung der Friedensreallöhne mit dem Kampfe des tschechischen Proletariats koordinieren.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukratie und die Londoner Internationale befinden sich mit der Bourgeoisie in einer Front gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Die tschechischen Arbeiter wissen aber von dem Verrat und den Schandtaten der deutschen Reformisten. Sie sind um eine wesentliche Erfahrung über die Rolle der Reformisten im Kampfe gegen die Bourgeoisie reicher. Die Organisierung der Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse wird deshalb in der Tschechoslowakei von vornherein begleitet sein mit dem schärfsten Kampfe gegen die reformistische Führerschaft.

Der verstärkte Kampf gegen die Reformisten, die Organisierung der Kämpfe gegen die Offensive des Kapitals in allen europäischen Ländern, er ist die beste Unterstützung des tschechischen Proletariats im Kampfe um seine Befreiung.

Tumultszenen auf dem französischen Beamten- und Angestelltenkongreß

Gegen die Sabotage der Regierung

(Eig. Drahtm.) Paris, 7. Oktober.

Gestern fand in Paris der große Beamten- und Angestelltenkongreß statt. Es waren mehr als 500 Delegierte aus 38 Verbänden aus ganz Frankreich erschienen. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt die **Amnestie und die Wiedereinstellung der wegen Streiks Entlassenen.** Es wurde eine Resolution gefaßt, in **der gegen die Verschleppung und Sabotage der Amnestie von seiten der Regierung schärfster Protest erhoben und die Durchführung einer energischen Aktion zugunsten einer sofortigen Amnestie beschlossen wurde.**

Dann wurde die **Frage der Gehälter** aufgerollt. Der Vertreter der Beamtenorganisationen in der Gehälterkommission hat einen eingehenden Bericht über die finanzielle Lage der Beamten und Angestellten seit 1919 gegeben. Dann teilte er die von der Regierung vorgeschlagene Einigungsformel: Grundgehalt 5600 Francs, der Versammlung mit. Nach dem Referat lebhafte Diskussion. **Der größte Teil der Beamten lehnte entrüstet den neuen Schacher ab und** bestand auf der ursprünglichen Forderung von 6000 Francs. Eine Delegation des revolutionären Kartells der behördlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter wies nach, daß die geforderten 6000 Francs nicht im geringsten dem Teuerungsstande entsprechen und stellte als Mindestforderung ein Grundgehalt von 6500 Francs auf.

Da die oberen Beamten in einer unverhältnismäßigen Erhöhung der Gehälter der kleinen Beamten eine Bedrohung ihrer eigenen Einkünfte und eine Gefahr für die Disziplin durch Störung der Hierarchie erblicken, rannten sie Sturm gegen die noch weitergehende Forderung des revolutionären Kartells. Auf der anderen Seite stellte sich ein sehr **großer Teil der Beamten hinter die Forderung der Extremisten und vertrat sie mit erbitterter Energie. Der Kampf zwischen den beiden Gruppen nahm sehr scharfe Formen an,** so daß es beinahe zu Tätlichkeiten gekommen wäre, und zog sich den ganzen Nachmittag hin. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen ist noch nichts bekannt.

Der „gerüstete" Pazifismus. Um die Arbeitslosen zu beschäftigen (!) hat Macdonald vor einiger Zeit eine Serie von **5 Kreuzern in Auftrag gegeben.** Das erste dieser Kriegsschiffe konnte heute von Stapel laufen. Die vier anderen sind noch im Bau begriffen.

Der Terrorhäuptling Südosteuropas bereitet neuen Krieg gegen Sowjet-Rußland vor

Wien, 7. Oktober.

Der rumänische Ministerpräsident J. Bratianu ist heute früh auf dem Ostbahnhof eingetroffen. Er wurde vom Bundespräsidenten Hainisch empfangen. Dieser hat dem rumänischen Ministerpräsidenten das goldene Ehrenzeichen der Republik Oesterreich am Bande verliehen und ihm diese Auszeichnung persönlich überreicht. An den Empfang schloß sich ein zu Ehren des rumänischen Ministerpräsidenten vom Bundespräsidenten gegebenes Frühstück.

*

Das alles ist kein Witz, sondern blutiger Ernst. Es ist Wahrheit, daß die Regenten Oesterreichs den Mann mit Orden behängen, welcher Rumänien gegen Oesterreich in den Krieg gehetzt hat, der mit dessen Zerstückelung endete. Jeder Imperialist ist seines Lohnes wert. Auch Herr Bratianu, der zum Dank dafür, daß er gewaltige Stücke Oesterreich-Ungarn entrissen hat, von den Herren in Oesterreich mit höchsten Ehren und Auszeichnungen empfangen wird. Doch was bedeutet das alles? Um es kurz zu sagen: der Verschwörer Bratianu ist nach Wien gekommen, um neuen Krieg sowohl gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und die nationalen Minderheiten in Rumänien als auch gegen Sowjet-Rußland vorzubereiten. Darum die innige Sympathie der allerchristlichsten Prälatenregierung des Herrn Seipel, mit dem Bratianu ein Abkommen über folgende Punkte schließen will:

1. Lieferung von Maschinenmaterial für die geplante Munitionsfabrik in Fagarosch (Siebenbürgen).

2. Lieferung moderner Drehbänke für die rumänische Kanonenfabrik „Reschitza".

3. Lieferung von Material für die Errichtung von Kriegsflugzeugfabriken.

4. Regelmäßige direkte Lieferung von Munition auf dem Donauwege.

Kann noch ein Zweifel bestehen, gegen wen diese gewaltigen Kriegsrüstungen in Angriff genommen werden? Weiß man nicht, daß der größte Teil des Wrangel-Stabes auf ausdrücklichen Wunsch der rumänischen Regierung nach Bukarest gereist ist? Daß diese Offiziere im Gebäude des rumänischen Kriegsministeriums ihr sogenanntes „Zentralbureau für die Aufklärung des russischen Volkes" errichteten? Daß von dort aus nicht nur Unmassen weißgardistischer Literatur, die in der rumänischen Staatsdruckerei hergestellt wurden, nach der Sowjet-Ukraine und auch die Beförderung von Waffen an die in Rußland weilenden gegenrevolutionären Banden vermittelt wurden? Es ist allgemein bekannt, daß unter dem Protektorat der Regierung in Kischinew ein „Verein zur Bekämpfung des Bolschewismus in Rußland" gegründet wurde, dessen spezielle Aufgabe die Organisierung derartiger Terrorbanden war.

Und an der Vorbereitung und Durchführung all dieser antisowjetistischen Aktionen beteiligt sich neben den Wrangel-Offizieren aktiv der französische Generalstab. Dessen Werkzeug ist die rumänische Reaktion. Er bereitet den Aufmarschplan gegen Sowjet-Rußland vor. Und sein Hampelmann auf dem Balkan — das ist Bratianu. Unter seinem Vorsitz hat jetzt die Konferenz der Balkanstaaten stattgefunden, auf der die Balkan-Regierung gegen eine angeblich in Wien bestehende russische Propagandazentrale Protest erhob und von der österreichischen Regierung ihre Auflösung verlangte.

Herr Bratianu ist in der Lage, mit recht positiven Tatsachen argumentieren zu können. Er wird den ebenso christlichen wie sozialen Herren Seipel und Hainisch erzählen, wie er mit den Kommunisten umspringt. Wie er in diesen Tagen mit Kavallerie und Maschinengewehren, die gegen die Steuermißbräuche protestierenden Bauern niedermetzeln, wie er in Bessarabien seine Truppen, die jetzt schon Hunderte von Toten verloren haben, gegen die nationalen Minderheiten in den Kampf hetzt.

Die Regenten Oesterreichs, ihr Herrscher im Hintergrunde, der Völkerbundskommissar Zimmermann, diese Schutzherren der Sklarz und Bosel, der Castiglioni und Konsorten werden weitgehendes Verständnis für die Wünsche der rumänischen Bourgeois-Banditen haben. Sie werden nicht zögern, Oesterreich-Ungarn vollends in den antirussischen Interventionsblock einbeziehen zu lassen und sich an der Vorbereitung des Krieges gegen den einzigen Proletarierstaat der Welt zu beteiligen.

Die Gefahr ist äußerst groß, ernst ist die Lage für die Sowjet-Union, die wiederum von den Imperialisten eingekreist wird. Die deutsche Arbeiterschaft muß mehr als bisher ihr Augenmerk auf die außenpolitischen Zusammenhänge lenken. Sie muß erkennen, daß in dem zukünftigen Kampf gegen Rußland, Deutschland das Schlachtfeld und sein Proletariat das Schlachtvieh der imperialistischen Bankiers sein wird. Alle Kräfte dagegen zusammengefaßt! Durchkreuzen wir die Pläne der Weltgegenrevolution!

Der erste Tag des Labour-Party-Kongresses

Kommunistenhetze Macdonalds

(Eig. Drahtm.) London, 8. Oktober.

Die erste Sitzung des Kongresses der Labour Party unter dem Vorsitz Macdonalds war ausgefüllt mit seinen Referaten. Die Hauptfragen berührte er nur oberflächlich. Die Massen müßten verstehen, daß die Arbeiter-Regierung nicht mehr tun konnte. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit habe keine Regierung mehr getan. Besonders rühmt er die Außenpolitik seiner Regierung. Dann werden scharfe Angriffe gegen die Kommunisten gemacht. Wir sind für die Demokratie und Vernunft, gegen die Diktatur und Tyrannei. Die Kommunisten haben mit uns nichts gemein. Zum Londoner Vertrag erklärt er, die deutschen Unternehmer benutzen den Dawes-Plan, um die Sklaverei der deutschen Arbeiter zu verstärken. Dies war nicht unsere Absicht. Die niedrigen Löhne in Deutschland bedeuten eine Gefahr für alle Länder. Trotzdem hoffe er, daß der Sachverständigenplan Europa zur Vernunft bringen werde.

Der russische Vertrag hat nichts mit unserer Stellung zum Kommunismus zu tun. Ueber die Regierungskrise erklärte Macdonald, wir betrachten den liberalen Zusatzantrag, der die Einsetzung einer Untersuchungskommission in der Angelegenheit des kommunistischen Redakteurs Campbell fordert, als einen Mißtrauensantrag. Macdonald appelliert an die vernünftigen Liberalen, sich nicht mißbrauchen zu lassen. Für den Fall der Neuwahl erwartet Macdonald einen großen Sieg der Labour Party. Nach den Referaten wurde die vorgelegte Vertrauensresolution für die Macdonald-Regierung angenommen. Dann begannen sofort die ersten Auseinandersetzungen zwischen den kommunistischen Delegierten und den Macdonald-Anhängern.

Die Krise in England

Die Krise in England nimmt von Tag zu Tag zu. Die Zahl der Arbeitslosen ist in der dritten Septemberwoche um weitere 16 000 gestiegen. Nach den Angaben des Statistischen Amtes hat sie bereits die Zahl von 1 180 200 erreicht. Wir haben bereits mehrmals ausgeführt, daß diese Angaben zu niedrig sind. Von selbst englischen Zeitungen wird angegeben, daß die Zahl der Arbeitslosen beinahe die zweite Million erreicht. Weitere starke Zunahmen sind in der nächsten Zeit zu erwarten. Wie der Industrie-Kurier berichtet, hat z. B. zum 1. Oktober der bekannte Konzern Guest Keen & Hettlboard verschiedene Kohlengruben stillgelegt, so daß allein bei ihm 2000 Bergarbeiter jetzt erneut zur Entlassung kommen.

Der Industrie-Kurier meldet gleichfalls, daß mit dem 8. Oktober eine ganze Reihe großer Eisen- und Stahlwerke ihre Betriebe ganz oder teilweise geschlossen haben.

Es ist Aufgabe der englischen Kommunisten, den schärfsten Kampf jetzt zu führen. Die Gelegenheit ist außerordentlich günstig, die Bildung einer Massenpartei in England zu beschleunigen. Dieses Ziel kann jedoch nur erreicht werden, wenn sie gleichzeitig auch den scharfen Kampf gegen die Labour-Führer, auch gegen den „linken" Flügel führen. Trotz der dauernd verschärften Krise führen auch die „linken" englischen Gewerkschaftsführer selbstverständlich keine Kämpfe des englischen Proletariats.

Darüber hinaus müssen die engsten Verbindungen international hergestellt werden zwischen den Proletariern der einzelnen Industriezweige. Die Weltwirtschaftskrise hat nichts von ihrer Schärfe verloren. Im Gegenteil scheint sie in der letzten Zeit eine Zuspitzung erfahren zu haben. Die Kämpfe, die unausbleiblich in den einzelnen Ländern entstehen müssen, erhalten vertiefte Wirkung, wenn sie international geführt werden.

Bauernaufstand in Galizien

(WTB.) Warschau, 4. Oktober.

Der ukrainische sozialdemokratische Landtagsklub stellt heute in einem an die Presse ausgegebenen Kommuniqué fest, daß die in der polnischen Presse aller Richtungen fälschlich als „Banditeneinfälle" dargestellte Bewegung in den Ostmarken nichts anderes sei als selbständiges und elementares **bewaffnetes Auftreten der durch die polnische Politik zur Verzweiflung getriebenen ukrainischen Bauernschaft. Diese bewaffnete Bauernbewegung** sei das Ergebnis der kurzsichtigen und dem ukrainischen Volke feindlichen sozialen und nationalen Politik der polnischen Regierung.

Wie aus Brest-Litowsk gemeldet wird, wurde heute in der Nacht das Städtchen Kuzangrodek im Kreise Lunieniecz von einer „großen Bande" überfallen. Die polnischen Militärbehörden haben eine Verfolgungsaktion eingeleitet, Einzelheiten fehlen noch.

Tschangtsolin führt den russisch-chinesischen Vertrag durch

Verhaftung der zaristischen Verwaltung der ostchinesischen Bahn.

(Eig. Drahtm.) Moskau, 8. Oktober.

Die Vereinbarung vom 20. September mit Tschangtsolin ermöglicht die Durchführung einer Vereinbarung mit der chinesischen Regierung über die ostchinesische Eisenbahn. Am 3. Oktober fand die erste Sitzung des neuen Verwaltungsrates statt, welcher sich aus den Vertretern der Sowjetunion sowie China zusammensetzt. Durch Beschluß des Verwaltungsrates wurden ehemalige führende Beamte entlassen. Das Zarenbanner wurde durch das Banner der Sowjetunion ersetzt. Die chinesische Behörde ließ den früheren Direktor und den ehemaligen Generalgouverneur verhaften. Am 5. Oktober wurde auf dem Sowjet-Generalkonsulat in Charbin (Mandschurei) das Sowjetbanner feierlich gehißt. Unter großer Feierlichkeit und von einer riesigen Menschenmenge begrüßt, fand die Uebernahme der ostchinesischen Bahn aus den Händen der Weißgardisten in die gemeinsame Verwaltung der Sowjetunion und China statt.

Aus dem Reich der Mitte

Die Entwicklung der Produktivkräfte in China macht gewaltige Fortschritte. Die Ausfuhr ist gestiegen von 256 Millionen Tael im Jahre 1914 auf 654 Millionen Tael im Jahre 1922. In den Handesbeziehungen mit China nimmt Japan die erste Stelle ein. Es arbeiten dort 4000 japanische Firmen mit einem Personal von über 150 000 Angestellten. Danach kommt Rußland. (!) Frankreich nimmt die fünfte Stelle ein, dann folgen England und Amerika.

Kleine Auslandsnachrichten

Blutige Kämpfe in China

Peking, 8. Oktober. Schwere Kämpfe begannen an der Schanhaiwan-Front im Norden zwischen Peking und Mukden.

Ausdehnung des tschechischen Porzellanarbeiterstreiks

Karlsbad, 7. Oktober. Die Arbeiter von weiteren 13 Porzellanfabriken haben die Arbeit eingestellt.

Rückzug der Spanier in Marokko

Madrid, 7. Oktober. Scheschuan sowie weitere Stellungen sind von den Spaniern allmählich geräumt worden, weil sich die Verproviantierung äußerst schwierig gestaltet.

Macdonald schlägt ein Kompromiß vor

London, 7. Oktober. Macdonald sucht, um seinen Sturz zu vermeiden, in der russischen Frage ein Kompromiß. Er erklärte in einem Interview: „Warum sind die Liberalen, wenn sie an sich einem Vertrag mit Rußland nicht abgeneigt sind, nicht an uns herangetreten, um zu beraten, was sich am besten tun läßt?"

Segnungen des demokratischen Herriot-Pazifismus. Das belgische Ausbeuterorgan „La Libre belgique" bringt in der Nummer vom 7. Oktober folgende beachtenswerte Mitteilung über die Segnungen des demokratischen Pazifismus Frankreichs: „Die Soldaten einiger Regimenter, die sich im Ruhrgebiet befinden, beklagen sich über ungenügende und mangelhafte Ernährung. Es handelt sich vor allem um die Jäger zu Fuß, die seit Monaten tagtäglich dasselbe Gericht bekommen: **Fadenscheinige, geschmacklose Suppen, zu wenig gekochte oder nicht gesalzene Kartoffeln, zähes Fleisch.** Im übrigen ist die Quantität weit davon entfernt, den Qualitätsmangel zu ersetzen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241008-14/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 – Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Distrikt 8. Mittwoch abend 8 Uhr in der „Produktiv“. Erscheinen aller Pflicht.
Frauenfunktionäre. Mittwoch abend 8 Uhr in der „Produktiv“: **Wichtige Sitzung.**

Saalkreis

Sitzung der Kreisleitung und Arbeitsgebietsleiter am Freitag, 10. Oktober, abends 7 Uhr, in der „Produktiv“.

Mansfelder Gebirgskreis

Burgörner. Donnerstag, 9. Okt., abends 7½ Uhr, bei Beyling: **Mitgliederversamml.**
Großörner, Molmerswende, Siersleben, Tondorf. Freitag, 10. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Linde“. Großörner: **Mitgliederversammlung.**
Hettstedt. Sonnabend, 11. Oktober, abends 7½ Uhr, im „Goldenen Stern“: **Große öffentliche Volksversammlung.**
Leimbach und Mansfeld. **Mitgliederversammlung** am Sonntag, 12. Oktober, nachmittags 1 Uhr, in Leimbach im Lokal Tittel.
Klostermansfeld. **Große öffentliche Volksversammlung** am Sonntag, 12. Oktober, abends 5 Uhr, im Lokal Deutsch.
Klostermansfeld. **Mitgliederversammlung** am Sonntag, 12. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Deutsch.

Kreis Bitterfeld

Golpa. **Oeffentliche Bergarbeiterversammlung** am Sonntag, 12. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Lokal Roa.

Kreis Zeitz

Braua. Mittwoch, 8. Okt., abends 8 Uhr, im Gasthof Hauschild: **Mitgliederversamml.**

Kreis Weißenfels

Teuchern. Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum“: **Diskussionsabend.**

Kreis Sangerhausen

Roßla. Sonnabend, 11. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof: **Oeffentl. Volksversamml.**

Kreis Torgau

Torgau. Sonnabend, 11. Oktober, abends punkt 6 Uhr, in der „Waldschenke“: **Sitzung der Kreisleitung.** Sonnabend, 11. Oktober, abends punkt 7 Uhr, in der „Waldschenke“: **Sitzung der Kreisleitung und Arbeitsgebietsleiter.** Sonnabend, 11. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Waldschenke“: **Kreiskonferenz.**
Belgern. **Mitgliederversammlung** am Sonnabend, 11. Oktober, abends 8 Uhr.

Kreis Wittenberg

Sitzung der Kreisleitung am Sonntag, 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Lokal Freudenberg.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“

Ortsgruppe Halle

Halle. Ortsvorstand und Werbebezirksführer heute abend 8 Uhr in der „Produktiv“: **Sitzung.** **Werbebezirk Süden.** Donnerstag abend 8 Uhr in der „Produktiv“: **Sitzung der Abteilungsleiter und Gruppenführer.** Die Abzeichen-Ausgabe findet abends von 7 bis 8 Uhr in der „Produktiv“ statt; daselbst Abrechnung der Sammellisten sowie der Beiträge. **Abteilung 4.** Donnerstag abend 8 Uhr im Lokal Weiß, Ecke Mansfelder- und Wiesenstraße: **Versammlung.**
Alle Radfahrer des RFB. am Mittwoch, abends 8 Uhr, in der „Produktiv“: **Sitzung.**

Halle-Saalkreis

Beesenlaublingen. Mittwoch, 8. Oktober, abds. 8 Uhr, bei Gremler: **Mitgliederverf.**
Dieskau. Donnerstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, bei Meyer: **Mitgliederversammlung.**
Zwintschöna. Freitag, 10. Oktober, abends 8 Uhr, bei Horn: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Bitterfeld

Brehna. Freitag, 10. Oktober, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**
Bitterfeld. Donnerstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“: **Mitgliederversammlung.** Alle Kameraden haben zu erscheinen.

Kreis Delitzsch

Eilenburg. Freitag, 10. Oktober, abends 7½ Uhr, im „Tivoli“: **Mitgliederversamml.**

Kreis Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 8. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Herberge“, Scharrenstraße: **Gesangsübungen.** Alles muß erscheinen.
Teuchern. Mittwoch, 9. Oktober, abds. 7½ Uhr, im „Grünen Baum“: **Mitgliederverf.**

Kreisvorstand RFB.

A N Z E I G E

Wir möchten nicht verfehlen, die Leser und Freunde unseres Blattes auf einige besondere Leistungen hinzuweisen.

Donnerstag, den 9. Oktober, beginnt „DAS WORT“ mit der Veröffentlichung einer größeren Reihe

Originalaufsätze von K. A. Wittfogel

auf einer längeren Studienreise des Verfassers nach *Holland, Belgien und England* entstanden. Sie behandeln in origineller Weise politische, soziale, kulturelle Probleme des Auslands von Deutschland aus und deutsche Probleme vom Ausland her gesehen.

Sonnabend, den 11. Okt., erscheint „DAS WORT“ als

Schul-Sonder-Nummer
„Der Kampf um Jugend und Zukunft“

mit vielen Originalbeiträgen von sozialistisch-kommunistischen Schulfachleuten und einem ganzseitigen Original-Holzschnitt von SACK, Eisleben

Die unseren Lesern und Freunden für diesen Winter in Aussicht gestellte

Reihe wissenschaftlicher Vorträge

wird *Freitag, den 24. Oktober,* beginnen. Im großen Volksparksaal spricht Herr *Dr. Archenhold,* Direktor der Treptower Sternwarte, unter Vorführung von neuesten Filmen und Lichtbildern über das hochaktuelle Thema: *„Unser Wissen vom Mars“.* Die Eintrittskarten dafür werden demnächst zu haben sein.

Verlag und Schriftleitung DAS WORT

Am Riebeckplatz — C.T — Große Ulrichstraße 51

Morgen, Donnerstag, nachmittag 4 Uhr:

In beiden Theatern:

Die große

Première

Der erste und einzige in Deutschland existierende

Groß-Film in natürlichen Farben

Lotosblume

Die Geschichte einer

Madame Butterfly

5 berauschend schöne, farbenprächtige Akte! 2960

Außerdem:

„Er“ Harold Lloyd

der Allerweltsliebling, mit seinem neuesten saftigen Großfilm:

Matrose wider Willen!

Lachen — Jubeltolle Heiterkeit!

Unsere Orchester sind bedeutend verstärkt!

Beachten Sie unser morgiges Inserat!

ZOO ZOO

Donnerstag, den 9. Oktober 1924, abends 8 Uhr:

2. volkstümliches Sinfonie-Konzert
des Mitteland-Orchesters, Leitung: Benno Blätz
Solist: Annette Garlepp, Leipzig, Klavier
Gluck: Ouvertüre „Iphigenia in Aulis“
Mozart: Klavierkonzert D-Moll
Ouvertüre „Figaros Hochzeit“
*719 8 deutsche Tänze
Haydn: Sinfonie Nr. 13 (G-Dur)
Eintritt 50 Pf — Dauerkarten 6 Mk
Konzertflügel aus dem Magazin B. Döll

Stadt-Theater
Donnerstag 7 Uhr:
„Faust“ I. 2957
Gastsp. P. Wegener a. „Mephistopheles“
Freitag 7½ Uhr:
„La Traviata“

Pianos
Harmoniums
Sprechapparate
Lüders, Mittelstr. 9/10.

Sohlleder - Ausschnitt
Fritzsche
Sternstr. 6. 1292

Pelzsachen
werden sauber und sachgemäß umgearbeitet.
J. Kaliga, Kürschnerm.
316] Gr. Klausstr. 35

Zeugen gesucht! Bitte um die Adresse der Frau, die am 13. Februar auf der Straße zwischen Bahnhof Teicha u. Bahnübergang hint. dem Bierwagen ging als eine Mannsperson von einem Auto überfahren wurde Adresse einsenden an 2958
Robert Friedrich
Halle, Göbenstr. 23

Arbeiter-Sängerchor

Freitag, 10. Oktober, im großen Saale des „Volkspark“:

17. Stiftungsfest

bestehend in

Konzert und Ball

Um zahlreichen Besuch bittet
2954 **Der Vorstand**

Konsum-Produktivgenossenschaft „Volkshaus“ Bockwitz

Sonntag, den 19. Oktober 1924, nachmittags 4 Uhr, i. „Volkshaus“, Bockwitz:

Außerordl. Generalversammlung

16 Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht
2. Bestätigung der neugewählten Vorstandsmitglieder.
3. Ergänzungswahl von Aufsichtsratsmitgliedern

Der Aufsichtsrat. Emil Watte, Vors.

Internationale Arbeiterhilfe
Ortsgruppe Teuchern.

Donnerstag, den 9. Oktober 1924, abends 8 Uhr,
im Lokal „Grüner Baum“:

Oeffentl. Frauenversammlung

Thema: 1016
Die proletarische Mutter u. ihr Kind in der bürgerlichen Gesellschaft; nur die proletarische Selbsthilfe sichert den gesunden Nachwuchs d. Arbeiterklasse

Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Ia. Seifen

in größter Auswahl noch zu alten, billigsten Preisen, nur für Wiederverkäufer bei

Paul H. Schulz
Seifengroßhandlung
Fabriklager: **Hackebornstraße 2**
2867 Marktnähe

Ich bin billig

Knaben-Anzüge 20,00 16,00 12,00	9,75
Herren-Anzüge 45,00 39,00 33,00	28,00
Winter-Ulster 46,00 40,00 35,00	27,50
Winter-Joppen 25,00 19,00 16,00	12,00
Gummi-Mäntel 34,00 28,00 24,00	21,50

Paul Landgraf
2956 **Schmeerstraße 17/18**

Achtung!
Für Sonntags je ein
Klavier- u. Geigenspieler
gesucht. Zu melden im Restaurant 2955
„Produktiv-Genossenschaft“

Zeitungsträger
für **Holleben** sofort gesucht. Zu melden im Verlag Klassenkampf

---

Ansichtspostkarten empfehlen die Volksbuchhandlungen

Von der Reise
zurück [283
Dr. Busse
Piesteritz

PELZE
Pelzwarenkauf
ist Vertrauenssache
Unsere 1883 gegründete Firma bürgt für solide Arbeit u. billige Preise. Sie brauchen nicht bei uns zu kaufen, aber ansehen sollten Sie sich unser Lager, dann vergleichen Sie mit anderen *720
Magazin zum Pfau
Kleinschmieden 6. Ecke Gr. Steinstr.

Achtung! **Achtung!**

Nachdem die

Rohstoffverwertungs-GmbH., Halle a. S.,
Domplatz 9

ihren Betrieb eingestellt hat, habe ich in demselben Grundstück mein

Rohproduktengeschäft

eröffnet und kaufe nach wie vor sämtliche
Lumpen, Knochen, Papierabfälle
zu den **höchsten** Tagespreisen. Auf Wunsch hole ab

A. Sudowicz, Domplatz 9

Telephon 1577 2959

Zeitungsträger
für **Röglitz** sofort gesucht. Zu melden bei **Otto Fritzsche.**

Hasen- Kanin- Ziegen- Schaffelle 979
kauft zu höchsten Preisen am Platze
Albert Lötsch
Fellgroßhandlung
Weißenfels
Nur Jüdenstr. 8
Telephon 442

---

978 Morgen,
Donnerstag:
Frische Wurst
Adolf Schumann,
Zeitz,
Kramerstraße 12.

Achtung, Zeitz!
Billiges Waschen
für 2 Mk.
nur diese Woche
2 Block gute Kernseife
1 Pfd. gekörnte Schmiers.
1 Pfd. Wasch-Extrakt
1 Pfd. Kristall-Soda
1 Paket Sil
1 Pak. Henkel-Bleichsoda
1 Paket Waschblau
1 Paket Scheuersand
1 Dose Schuhcreme
alles [1014
für 2 Mk.
im
Blauen Laden,
Zeitz, Neumarktstr.

Oeffentliche Sitzung

der Gemeindevertretung in dem Sitzungssaale des Gemeindeamtes am
Mittwoch, dem 8. Oktober, abds. 6 Uhr

Tagesordnung:

1. Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes für den nördlich der Eisenbahn gelegenen Ortsteil sowie statutarische Regelung der Bauweise
2. Ankauf von Baugelände
3. Stellungnahme wegen anderweitiger Unterbringung der jetzt im Schulkeller untergebrachten Transformatorenstation
4. Bericht über den Stand der Wohnungsbauten
5. Eintragung der Hauszinssteuerhypothek auf die Wohnungsbauten in der Mittel- und Friedrichstraße in das Grundbuch
6. Neufestsetzung der Wohnungsmiete für mehrere Wohnungen in den Gemeindehäusern nach § 2 des RMG.
7. Erteilung einer Vollmacht für den Gemeindevertreter zur Auflassung einer Wegeparzelle an die Eisenbahn
8. Bewilligung der Mittel zur Einrichtung einer Kartothek für das Einwohnermeldeamt
9. Festsetzung der Entschädigung für die Reinigung der Spielschule
10. Anderweitige Festsetzung der Entschädigung für die Helferin der Kleinkinderschule
11. Stellungnahme zu den Einsprüchen der Handelskammer und der Handwerkskammer bezgl. des Erlasses einer Ortssatzung über die Erhebung von Schulbeiträgen für die gewerbliche pp. Berufsschule
12. Kenntnisgaben, Wirtschaftsangelegenheiten und Verschiedenes 284

Piesteritz, den 6. Oktober 1924.
Der Gemeindevorsteher (Kuntz).

DRUCKSACHEN

aller Art in ein- und mehrfarbigem Druck fertigt zu zeitgemäßen Preisen schnellstens an die

PRODUKTIV

Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14 :: Fernruf 1045, 1047, 2251

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241008-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Schandparagraph 218!

Nur gegen Proletarierfrauen angewandt — Unerhörte Zuchthausurteile

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 7. Oktober.

In der Berufungsinstanz in dem Prozeß des Apothekers Heiser wurde das Urteil verkündet. Heiser ist der versuchten Abtreibung in neun Fällen und der vollendeten Abtreibung in drei Fällen schuldig befunden worden. **Das Urteil lautet auf insgesamt drei Jahre Zuchthaus.**

*

Das hallische Schöffengericht verurteilte in der Sitzung vom 6. Oktober die Ehefrau P. wegen Beihilfe zur Abtreibung zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten. Frau P. hatte eine ihr bekannten Frau Sch., welche sich in anderen Umständen befand, zwecks Abtreibung zur Frau B. geführt, welche dann die Abtreibung auch mit Erfolg vorgenommen hatte. Frau B. wurde hierfür in einer früheren Sitzung des Schöffengerichts zu **einer Zuchthausstrafe von 1½ Jahren** und **Frau Sch. zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt.** Das Gericht sah in der Zuführung durch Frau P. diese der Beihilfe zur Abtreibung als überführt an und verurteilte sie aus diesem Grunde zu obiger Strafe.

*

Auch gestern hatte sich das erweiterte Schöffengericht wiederum mit einer Abtreibung zu beschäftigen. Angeklagt waren die geschiedene Ehefrau E. und Frau B. Zu Beginn der Verhandlung wurde **die Oeffentlichkeit, einschließlich der Presse, wegen Gefährdung der Sittlichkeit ausgeschlossen.**

Das Urteil lautete in diesem Monstre-Prozeß gegen Frau B. **1 Jahr Zuchthaus,** gegen Frau E. 2 Monate Gefängnis, gegen Herrn E. 4 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe. Herrn E. wird ein Strafaufschub von 4 Jahren zugebilligt.

*

Am 17. Oktober findet in Torgau ein Prozeß gegen die Hebamme E. aus Hohenleipisch statt.

*

Prozesse auf Grund des Schandparagraphen 218 ohne Ende! Ganz einseitig wird der Paragraph gegen Arbeiterfrauen angewandt. Während sich die spekarschigen Bourgeoisiewieber ganz ungefährdet in ein Sanatorium begeben können, um dort unter dem Deckmantel von „Magenbeschwerden", „Unterleibsschmerzen" usw. — ganz offiziell den Eingriff von einem „verständnisvollen" Sanitätsrat vornehmen lassen, ohne bestraft zu werden, sollen Arbeiterfrauen mit allen Zwangsmitteln zu Gebärmaschinen gemacht werden, will der Staat unter allen Umständen über den Leib der Arbeiterfrauen verfügen.

Man muß es als teuflische Grausamkeit bezeichnen, wenn durch derartige Paragraphen ein Geburtenzwang ausgeübt wird. Darum müssen sich alle Arbeiterfrauen zusammenschließen und für die **Beseitigung dieses Schandparagraphen** kämpfen. Dieses um so mehr, als derselbe Staat, der die Arbeiterkinder (sogar nach seiner eigenen Statistik) verhungern läßt, die Arbeiterfrauen zur Erzeugung von jungem Menschenmaterial für die Ausbeutungsmaschinerie des Kapitalismus zwingen will. **Einen Staat, der seinen Nachwuchs nicht ernähren kann, hat kein Recht, seine „Bürger" in irgendeiner Weise in punkto Kinderzeugung auch nur zu beeinflussen,** vielweniger noch irgendwelche barbarische Vorschriften zu machen.

Das, hohe Gerichtshöfe, ist unser Argument in dieser Frage. **Nicht die ehrwürdige Sittlichkeit, sondern Hunderttausende von Säuglingen und kleinen Kindern sowie auch viele Zehntausende unterernährter Proletariermütter sind gefährdet.**

Unsere Forderungen, die freilich ein kapitalistischer Staat nicht erfüllen kann, sind:

Hinweg mit den Schandparagraphen 218 bis 220!

Ausreichender Mutter- und Kinderschutz!

Die „Hallischen Nachrichten" und „das Schicksal der armen Leute!"

Man schreibt uns:

Die „Hallischen Nachrichten" brachten in ihrer Nummer 222 einen Artikel, in welchem sie mitteilten, daß ein armer blinder Drehorgelspieler von der Polizei mit einem Strafmandat von 10 Mark bedacht worden sei, weil seine Frau am ersten Pfingstfeiertag in der Dölauer Heide Apfelsinen verkauft habe, ohne hierfür die Genehmigung zu besitzen. Am Schlusse dieses Berichtes schreiben die „Hallischen Nachrichten":

Während der Gerichtshof sich zur Beratung zurückgezogen hatte, rief der Oberamtsanwalt den anzeigenden Polizeibeamten an den Tisch und belehrte ihn, daß er doch besser getan hätte, derartige unglückliche Leute, die kaum das tägliche Brot aufzubringen müßten, nicht zur Anzeige zu bringen. Das sei sicherlich nicht im Sinne des Gesetzgebers, in solchen Fällen eine Bestrafung herbeizuführen. Der Beamte entschuldigte sich aber damit, daß kein direkter Vorgesetzter, der den Apfelsinenverkauf gesehen, ihn ausdrücklich aufgefordert habe, eine Anzeige zu erstatten!!

Die „Hallischen Nachrichten" bringen nun gestern eine Berichtigung, in welcher in Abrede gestellt wird, daß der Oberamtsanwalt dem anzeigenden Polizeibeamten obige Vorhaltungen gemacht habe. — Also kein milder Richter, wie der General-Anzeiger den Oberamtsanwalt gern illustriert hätte. Diese Berichtigung der Gerichtsbehörde ist sehr interessant. Die Richter und Staatsanwälte der Republik wollen gar nicht als milde erscheinen und sie sind es ja auch nicht, darum erfolgte diese Berichtigung zu Recht. Nenne die Dinge nur immer mit dem richtigen Namen, lieber General-Anzeiger, dann braucht Du nichts berichtigen. Wir bezeichnen die heutige Justiz als eine Klassenjustiz und bisher hat uns kein Staatsanwalt oder Gericht den Beweis für die Unrichtigkeit dieser Bezeichnung erbringen können.

„Berichtigung"

An die

Redaktion des „Klassenkampfes"

Halle a. d. S.,

Lerchenfeldstraße.

In Ihrer Zeitung, Ausgabe vom 2. Oktober 1924, befindet sich ein Artikel mit der Ueberschrift:

„45 Mk. monatlich bei der Hallischen Hauswacht, G. m. b. H."

Wir ersuchen Sie, folgende Berichtigung gemäß den Vorschriften des Preß-Gesetzes in Ihrem Blatte sofort aufzunehmen:

„Es mag zugegeben werden, daß von dem früheren Inhaber und **Leiter Gehälter von teilweise nur 45 Goldmark gewährt** worden sind. **Seitdem vor ein paar Wochen die hiesige Hauswacht andere Inhaber hat und unter Leitung des Unterzeichneten steht, werden Gehälter von 60 Goldmark monatlich** gezahlt. **Auch vordem wurden nur vereinzelt niedrige Gehälter gewährt.**

Unrichtig ist, daß die Beamten der Hauswacht bis 15 Stunden Dienst haben. **Die Beamten kommen abends um 9 Uhr,** schreiben sich ein, und treten erst um 10 Uhr zum Kontrollier- und Wachtdienst an, der nur bis 6 Uhr morgens dauert. Somit beträgt ihre tägliche Arbeitszeit nur 8 Stunden. **Die Beamten natürlich, die auswärts Dienst haben, haben durch die Hin- und Rückfahrt mitunter ein paar Stunden Zeitversäumnis. Ihre wirkliche Dienstzeit beträgt aber auch nur 8 Stunden. Diesen Beamten geht es nicht besser und schlechter wie den Abertausenden von Arbeitern und Beamten,** die in den Leuna-Werken oder sonstigen auswärtigen Betrieben arbeiten.

Die Beamten stehen im monatlichen Gehalt, wie ja im Artikel des „Klassenkampfes" gesagt ist, sie haben ihren Gehalt am Monatsschluß zu empfangen. Zu diesem Zahlungstag sind sie regelmäßig in voller Höhe befriedigt. Wenn die Hauswacht ihren Beamten auf deren Wunsch wöchentliche Teilzahlungen gewährte, so war dies ihr guter Wille, und kann ihr kein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn sie kleinere Teilzahlungen gewährt, als verlangt wurden.

Sämtliche Beamte der Hauswacht haben von ihrem unterzeichneten Leiter vorstehende Berichtigung verlangt.

Hochachtungsvoll

gez. Fl. Schneider."

*

Eine sonderbare „Berichtigung", die feststellt, daß noch vor wenigen Wochen **der Lohn der Wächter monatlich 45 Goldmark** betrug, daß aber, nachdem der neue Besitzer in Funktion trat, der

Monatslohn auf die horrende Summe von ganzen 60 Mark festgesetzt wurde!

Noch immer müssen wir die Behauptung weiter aufrecht erhalten, daß es eine Schande ist, wenn sich Leute finden, die durch lange Arbeitslosigkeit gezwungen sind, für einen unerhört minimalen Lohn zu arbeiten, um nur ihr Leben fristen zu können.

Wenn der ehrenwerte Herr Schneider so **offen zugibt, daß die Angestellten für einen Monatslohn von ganzen 45 Mark schuften** mußten, so können wir ihm dafür nur unseren besten Dank aussprechen; denn anderes haben wir nie behauptet. Wenn inzwischen der Lohn von 45 Mark auf 60 Mark monatlich „erhöht" wurde, so behaupten wir, daß **ein Monatslohn von 60 Mark ebenfalls ein Hungerlohn** ist.

Was die Frage der Arbeitszeit anbetrifft, so windet sich die Berichtigung in lauter Ja und Aber. „Grundsätzlich" ist natürlich die Länge der Arbeitszeit acht Stunden. Gleich darauf aber schreibt der seltsame Berichtiger: **„Die Beamten natürlich, die auswärtig Dienst haben, haben durch die Hin- und Rückfahrt mitunter ein paar Stunden Zeitversäumnis".**

Recht hat allerdings der Berichtiger, nun er schreibt:

„Diesen Beamten geht es nicht besser und nicht schlechter wie den Abertausenden von Arbeitern und Beamten, die in den Leuna-Werken oder sonstigen auswärtigen Betrieben arbeiten."

Ja, die Millionen des deutschen Proletariats sind gezwungen, zu solch elenden Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Aber damit die Hungerlöhne der Beamten der „Hallischen Hauswacht G. m. b. H." verteidigen zu wollen, ist ein jämmerlicher, zum Mißlingen verurteilter „Entschuldigungs"-Versuch des Herrn Schneider.

Auf Grund der Berichtigung müssen wir feststellen, daß ein ganz besonders krasser Fall der Ausbeutung die unverschämt niedrige Bezahlung und die Länge der Arbeitszeit der Beamten der „Hallischen Hauswacht G. m. b. H." ist.

Berichtigung

Zu der in der Nummer 184 vom 9. August 1924 im „Klassenkampf" bekanntgegebenen Warnung vor dem Schlosser Max Reubert wegen Spitzelei für den „Stahlhelm" ist folgendes zu bemerken: Dieser Max Reubert ist nicht identisch mit dem Parteigenossen Max Reubert, Schlosser, Teutschenthal.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit

Heute abend findet in der Produktiv-Genossenschaft unsere fällige Monatsversammlung statt. Die Mitglieder werden auf diese Versammlung besonders aufmerksam gemacht. Es ist Eure Pflicht, zu den **Abbaumaßnahmen der Fürsorgestellen** der Stadt Halle Stellung zu nehmen. Der Antrag sämtlicher Kriegsopferorganisationen wurde in der letzten Stadtverordnetensitzung nicht behandelt. Der Magistrat hat die Stadtverordnetensitzungen so lange ausgesetzt, bis er eine Vorlage ausarbeiten konnte, in der die einzelnen Paragraphen des Fürsorgepflichtgesetzes vom 13. Februar 1924 auf das schändlichste verstümmelt wurden. Diese Vorlage wird in der Mitgliederversammlung beraten. Daher ist es Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes dazu Stellung zu nehmen. In der deutschen Republik werden im gegenwärtigen Moment Oktoberfeste gefeiert und der hallische Magistrat erlaubt sich Aprilscherze zu machen. Ein Referent, der auf sozialpolitischem Gebiete erfahren ist, wird den Standpunkt der proletarischen Kriegsopfer in dieser Versammlung präzisieren. Außerdem wird zu der Kartoffelfrage Stellung genommen. Wir bitten daher alle Mitglieder, ihre Pflicht zu erfüllen und an dieser Versammlung teilzunehmen.

Der „geheimnisvolle" Rote Jungsturm

Die Behörden haben sich immer noch nicht über den Roten Jungsturm beruhigt. Sie scheinen sich durch diese Organisation, die den Geist des Klassenkampfes pflegt, stark bedroht zu fühlen.

Wenn man schon die Gründungsversammlung des Roten Jungsturms mit großen Mengen von Sipo belagerte, so ist man sich bei den Behörden über das eigentliche Wesen des Jungsturms doch noch nicht klar. Es muß doch etwas ganz Geheimnisvolles, Mystisches an dieser Organisation der klassenbewußten Arbeiterjugend sein. Wozu sonst die regen Bemühungen, etwas über die Verbindung, die angeblich zwischen KJ. und dem Roten Jungsturm bestehen soll, herauszubekommen?

Gedenkfeier für die Opfer der Revolution

Zu der Gedenkfeier der Roten Hilfe für die Revolutionsopfer, die gestern abend im „Volkspark" stattfand, waren die hallischen Arbeiter und Arbeiterinnen, besonders die hallische Proletarierjugend in Massen erschienen. Der große Saal im „Volkspark" war zum Brechen voll. Auf ihren ernsten Gesichtern spiegelte sich Trauer über die in den bisherigen Kämpfen gefallenen, hinterrücks gemeuchelten, auf viele Jahre in die Gefängnisse und Zuchthäuser der Ebert-Republik geworfenen Brüder, aber auch der feste Wille, weiter zu kämpfen, wie unsere Größten, die Gemordeten und die 7000 hinter Kerkermauern Geworfenen es taten. „Nein! Ihr seid nicht vergessen!" — so riefen die hallischen Arbeiter den in Zuchthäusern und Gefängnissen lebendig begrabenen Brüdern zu. „Ja, Ihr werdet gerächt!" — so schworen gestern die hallischen Arbeiter vor den Geistern ihrer Toten. „Wehe Euch, die Ihr unsere Brüder mordet!" — Diese Drohung schleuderten die revolutionären Arbeiter den Herrschern von heute ins Gesicht. **„Es kommt die Zeit, wo wir uns rächen, dann werden wir die Richter sein!"**

*

Der gestrige Abend bot etwas an proletarischer Kunst, wie sie Halle wohl selten gesehen hat. Die bis in die tiefsten Tiefen der Seele hineinwühlende, niederdrückende, erhebende Melodie des Trauermarsches der russischen Revolutionäre, den das „Volkspark"-Orchester spielte, wirkte sichtlich tief auf alle Anwesenden ein. Ergriffen senkten alle instinktiv das Haupt. Sie gedachten ihrer gefallenen Brüder,

der Toten der Weltrevolution.

Das Schönste des Abends hat wohl die Casseler Künstlerin Ilse Berend-Groa gegeben. Man sah: Die proletarische, beliebte Künstlerin lebt in den Stücken, die sie vorträgt, geht in ihnen auf. So kann sie eine geradezu hypnotisierende Wirkung auf die Zuhörer erzielen. Die Deklamationen Berend-Groas rissen die Zuhörer mit sich. Das Gedicht des ungarischen proletarischen Dichters Paul Terito „Rechenschaft vor neuem Aufbruch" hämmerte, von der Künstlerin vorgetragen, allen Arbeitern den Gedanken an die Opfer der werdenden deutschen Revolution ein, begeisterte sie zu neuem Sturmangriff auf die Festen der Bourgeoisie. Das Gedicht des proletarischen Dichters Macza „Der rote Platz" versetzte die Zuhörer auf den Roten Platz in Moskau vor der Kremlmauer, ließ die Anwesenden mitfühlen mit dem russischen Volk, versenkte die Arbeiter in das Denken und Fühlen der russischen Arbeiterseele, begeisterte sie für die russische Revolution, ließ sie in dankbarer Verehrung vor den Massengräbern der Moskauer Revolutionsgefallenen an der Mauer des Kreml vorbeidefilieren. Der „Radiotum" von demselben Dichter verband das Denken der Arbeiter innigst mit allen jenseits der Grenzen, in Ost und West, im Süden und im Norden des gewaltigen Erdenballs lebenden Brüdern. „Die auferstandene Stadt" wiederum, in der das Fleisch-und-Blut-Werden des „Kommunistischen Manifestes" geschildert wird, zeigte allen Zuhörern die ehrne Notwendigkeit der geschichtlichen Entwicklung, die alles Hemmende, alles sich Entgegenstimmende rücksichtslos niederwirft. Rein ergreifender wirkten die Rezitationen von Rosa Luxemburgs aufreichender Weihnachtserzählung „Asyl für Obdachlose", des „Traumhändlers" von Hermynia Zur Mühlen und „Rote Heerschau" von Berta Lask.

Gerade dadurch, daß die Künstlerin ganz „ungekünstelt", natürlich, aus ihrer Ueberzeugung, ihrem Empfinden, ihrer Begeisterung heraus vortrug, packte sie die Zuhörer. Die Art des Vortragens Berend-Groas — das ist das Empfinden, die Begeisterung des Proletariats, der kämpfenden, auf die Barrikaden stürmenden Arbeiterklasse. Da war nichts Ueberirdisches: Nein! Miterleben des Kampfes, Mitstürmen, auf die Massen einpeitschen mit der revolutionär-tendenziösen Kunst, schärfstes Geißeln der Zustände der bürgerlichen Gesellschaft durch ihren Tonfall — das macht Berend-Groa aus. Das macht sie für das Proletariat wertvoll.

Ein weiteres zum Anwachsen der Begeisterung bis zum reißenden Strome tat das „Volkspark"-Orchester mit dem Vortrag des hinreißenden, zum Kampf auffordernden „Rotgardistenmarsches" und des ursprünglich polnischen Barrikaden-Kampfliedes der russischen Revolution von 1905/06 „Warschawjanka". Auf die Barrikaden! Auf die Barrikaden! Erstürme die Welt, du Arbeitervolk!" — so tönte es zum Kampfe, zur letzten Schlacht rufend, schreiend, alles mit sich reißend durch den Saal.

Genosse Menzel rief daraufhin den Anwesenden mit eindrücklichen Worten die Leiden der politischen Gefangenen des Proletariats nach. Diese entsetzlichen Leiden der Opfer einer „demokratischen" Justiz müssen durch den Massenansturm der Arbeiter und können nur durch ihn beseitigt werden.

„Heraus mit unseren gefangenen Brüdern!"

„Heraus mit den politischen Gefangenen der Arbeiterschaft!"

So müssen wir drohend den Herrschenden zurufen. Wir müssen kämpfen, bis wir unsere Dankesschuld an die, die sich für uns alle opferten, abgetragen haben durch ihre Befreiung aus den Kasematten der Bourgeoisie, durch den Sieg der Arbeiterklasse über alle ihre Feinde!

Genosse Schlör richtete einen flammenden Aufruf an die Arbeiterschaft, ihren Brüdern in den Kerkern der Bourgeoisie „Rote Hilfe" zu bringen. „Gibt es etwas Schrecklicheres für einen Gefangenen", so führte er aus, „als immer daran denken zu müssen, ob seine Familie noch ein Dach über dem Kopf hat, ob seine Kinder noch einen Bissen Brot haben? Die Klassenjustiz wird nicht eher zurückweichen, bis sie dem Ansturm der Arbeiterklasse erlegen ist. Sie muß sehen, daß wir uns nicht abschrecken lassen durch ihre Schandurteile von zehn und fünfzehn Jahren Zuchthaus. Das kapitalistische System, das von 1914 bis 1918 Millionen Proletarier dahinmordete, das heute Millionen von Proletariern und Kindern auf die Friedhöfe schickt, weil das seinen Geldsackinteressen entspricht, muß vernichtet werden. Das soll unser Gelöbnis sein. Vor wenigen Wochen hat eine Verständigung zwischen der Entente-Bourgeoisie und der deutschen Regierung stattgefunden, die zu der Freilassung der von französischen Kapitalisten gekauften Separatisten führte. Die Regierung hat diese Freilassung sofort verfügt.

Die Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse aber sind nicht amnestiert, sie sitzen noch heute in den Gefängnissen!

Es ist in den deutschen Gefängnissen in der letzten Zeit oft vorgekommen, daß politische Gefangene aus Verzweiflung Selbstmord begingen. Im Reichstag wurde die Amnestierung unserer Genossen abgelehnt, und das deutsche Proletariat hat nicht den Mund dazu aufgemacht. Wir haben aber die Pflicht, unsere Genossen zu retten. Wir müssen mit dem Gedanken von hier fortgehen:

Jeder einzelne muß kämpfen für die Amnestie der politischen Gefangenen. In allen Gewerkschaften, in allen Betrieben muß dazu Stellung genommen werden. Es ist Pflicht aller Klassengenossen, ihre kämpfenden Brüder aus den Zuchthäusern herauszuholen. In diesem Kampf will die „Rote Hilfe" Führerin sein. Darum: Werdet Mitglieder der „Roten Hilfe"!"

Nach der Aufführung des Bühnenstückes „Die Siebentausend" stieg die ingrimmige Wut der Arbeiter noch mehr. Jeder leistete einen heiligen Schwur: **Nicht eher zu ruhen, als bis die Helden des Proletariats gerächt sind.**

In herrlicher Kampfesstimmung sang die Versammlung zum Schluß stehend die „Internationale". Entschlossenheit in allen Zügen — so sangen die Versammelten dieses herrliche Kampflied des internationalen Proletariats.

„Diese Welt muß unser sein!"

Das war die Parole. Die ganze Welt unter der roten Fahne mit dem Sowjetstern — das ist das unserer Toten einzig würdige Denkmal, ein Denkmal, das in Jahrtausenden nicht vergeht, ein Denkmal, für dessen Errichtung im revolutionären Kampfe vorwärtszustürmen unsere Pflicht ist gegenüber allen toten, gegenüber allen eingekerkerten Opfern der beginnenden Aera der Weltrevolution.

Donnerstag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, finden in nachstehenden Lokalen:

Oberbezirksversammlungen

statt.

Oberbezirk Mitte: „Goldene Kette".
Oberbezirk Westen: „Produktiv-Genossenschaft.
Oberbezirk Süden: „Lessing Hof", Merseburger Straße.
Oberbezirk Norden: „Volkspark".
Oberbezirk Osten: „Hardenbergfasino".

Die Funktionäre des Oberbezirks Osten treffen sich eine Stunde früher, pünktlich 7 Uhr.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem Genossen zur Pflicht, zu erscheinen.

Ortsgruppe Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241008-14/fragment/page=0005

So wurde dieser Tage ein Jugendgenosse der KJ. Halle von zwei (!) Sipobeamten verhaftet, da er noch — ja, es muß doch ein Grund gefunden werden — einen, sage und schreibe einen Tag Gefängnis wegen Teilnahme an einer vor längerer Zeit stattgefundenen Demonstration abzusitzen hatte.

Von der Polizei wurde er ausgefragt,

ob die Funktionäre der KJ. aktiv im Roten Jungsturm mitarbeiten und was sie im Roten Jungsturm tun.

Wir können den besorgten Behörden zur Beruhigung mitteilen, daß die Funktionäre der KJ. leider im Roten Jungsturm nicht mitarbeiten können, weil sie ohnehin schon mit der Erfüllung ihrer revolutionären Pflichten hinreichend zu tun haben. Sonst halten es natürlich die Funktionäre der KJ., die für die Behörden schon oft der Grund zu einer schweren Magenverstimmung waren, für ihre Pflicht, auch unter den im Roten Jungsturm organisierten Jungarbeitermassen für ihre Ziele zu wirken.

Ein interessantes Landgerichtsurteil

Die 1. Zivilkammer des Landgerichtes Halle hat als Beschwerdestelle über das hiesige Mieteinigungsamt (Stadt) in einem Beschluß vom 24. September d. J. einen alten Streitpunkt zwischen Mietern und Vermietern zugunsten der Mieter entschieden. Es handelt sich hierbei um den Begriff „Friedensmiete", d. h. um die oft erörterte Frage, ob Nebenleistungen (Beträge für Treppenbeleuchtung, Wasser- und Waschhausgeld), soweit sie am 1. Juli 1914 besonders berechnet worden sind, der sogenannten Friedensmiete hinzuzuzählen sind oder nicht.

Nach Meinung der Vermieterorganisationen mußten diese Nebenleistungen hinzugerechnet werden. Die Mieterorganisation hingegen hat diesen Standpunkt als einen Verstoß gegen § 20 RMG., der zwingendes Recht statuierte, von jeher abgelehnt. Eine Entscheidung der Streitfrage brachte dann die preußische Verordnung über die Mietzinsbildung vom 17. April 1924, basierend auf der 3. Steuernotverordnung, nach welcher bekanntlich das RMG. außer Kraft gesetzt werden kann. erhob sie unter Beseitigung der schon erwähnten entgegenstehenden Vorschrift die von Vermieterkreisen vertretene Ansicht zum Gesetz.

Nunmehr stellt das Landgericht die daraufhin geübte Praxis des Mieteinigungsamtes als rechtsirrig fest. Begründet wird diese Stellungnahme damit, daß in den jeweiligen Zuschlägen ein gewisser Prozentsatz schon für Betriebskosten vorgesehen wäre und, wenn der Friedensmiete ein Teil der Betriebskosten hinzugerechnet würde (Beträge für die hier in Frage stehenden Nebenleistungen unterfallen nämlich dem Begriff „Betriebskosten"), dieser Teil dann doppelt in Ansatz käme.

In der Begründung zu der schon oben erwähnten Entscheidung des Landgerichts im Sinne der Mieter heißt es:

Das Mieteinigungsamt ist zutreffend davon ausgegangen, daß von dem am 1 Juli 1914 von dem damaligen Mieter bezahlten Mietzins auszugehen ist. Dieser betrug 390 Mark. Es ist aber **rechtsirrig, wenn das Mieteinigungsamt dazu noch besondere Beträge für Treppenbeleuchtung und Wassergeld hinzurechnet.** Der Abschnitt B VIII der PrAusfBest zum RMG. von 4. August 1923 ist durch § 21 der preußischen Verordnung über die Mietzinsbildung vom 17. April 1924 aufgehoben. Dagegen ist in Geltung geblieben Abschnitt B X Ziffer 1 bis 10. Dort ist angeordnet, daß als Betriebskosten u. a. gelten Wassergeld sowie Kosten für Treppen- und Flurbeleuchtung. Es kann nun dahingestellt bleiben, ob das Mieteinigungsamt, wie in der Beschwerdeschrift ausgeführt, bei seiner Entscheidung vom 26. Juni 1924 schon in der Lage war, den Erlaß des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 25. April 1924 über die gesetzliche Miete vom 1. Juli 1924 an zu berücksichtigen. Denn auch bei Anwendung des vorhergehenden Erlasses vom 14. Juni 1924 über die Junimiete ist das Ergebnis dasselbe, weil die Bestimmungen insoweit gleichartig sind. Letzterer Erlaß besagt lediglich, daß es für Juni 1924 bei der Anordnung vom 24. April 1924 über die Maimiete verbleibt. In dieser Anordnung ist die gesetzliche Miete auf 35 Prozent der reinen Friedensmiete festgesetzt. Es ist dann erläutert, daß diese 35 Prozent sich zusammensetzen aus 15 Prozent für laufende Instandsetzungsarbeiten, 5 Prozent für Verwaltungskosten und 15 Prozent für die übrigen Betriebskosten, davon 3 Prozent für Wassergeld. Ist aber hiernach für die Betriebskosten ein gewisser Prozentsatz der Friedensmiete vorgesehen, so kann nicht die reine Friedensmiete schon dadurch erhöht werden, daß ihr ein Teil der Betriebskosten hinzugerechnet wird. Dieser Teil würde sonst doppelt in Ansatz kommen. Danach ist die Festsetzung des Mieteinigungsamtes rechtsirrig, und die Friedensmiete anderweit festzusetzen, wie geschehen.

*

Damit ist eine schon längst schwebende Streitfrage sogar landesgerichtlich im Sinne der Auffassung der Mieter gelöst. Alle Mieter sollen bei Streitfällen sich auf diesen landesgerichtlichen Entscheid berufen, um endlich einmal der Geldgier der Hauspaschas entgegentreten zu können.

„Wohnungsmangelrecht"

Vom Magistrat wird uns geschrieben:

In der gestrigen Nummer des „Klassenkampf" veröffentlicht der Magistrat eine Bekanntmachung, welche dem § 3 der Verordnung des Magistrats betr. Mieterschutz und Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 15. Oktober 1919 sowie dem § 1 der gleichlautenden Verordnung vom 10. Juli 1920 eine neue Fassung gibt. Die neue Fassung des § 3 unterscheidet sich von der alten Fassung dadurch, daß sie eine Frist einführt, innerhalb deren der Verfügungsberechtigte mit dem ihm zugewiesenen Wohnungsuchenden zum Abschluß eines Mietvertrages gekommen sein muß. Im übrigen stellt die Neufassung den bereits durch den § 3 in seiner alten Fassung begründeten Rechtszustand wieder her, nach dem der Magistrat lediglich einen Wohnungsuchenden dem Verfügungsberechtigten zum Abschluß eines Mietvertrages zuzuweisen braucht, ein Rechtszustand, der bekanntlich durch den § 4 des Wohnungsmangelgesetzes dahin geändert worden war, daß das Wohnungsamt mindestens zwei Wohnungsuchende zuzuweisen hatte.

Die Neufassung des § 1 der Bekanntmachung vom 10. Juli 1920 verlangt, wie schon die bisherige Fassung, die Anmeldung freigewordener Wohnungen auf dem durch die Polizeiverordnung vom 13./15. Mai 1918 vorgeschriebenen Formular, verschärft aber gleichzeitig die formularmäßige Anmeldepflicht dahin, daß der Nachweis der vorgeschriebenen Anzeige nur durch Vorlage einer amtlichen Bestätigung des Magistrats geführt werden kann. Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Fassungen liegt darin, daß die Ausschlußfrist, innerhalb deren das Wohnungsamt über angemeldete Wohnungen verfügen muß, fortan nicht mehr eine, sondern zwei Wochen beträgt.

*

Alle schönen Verfügungen, Bestimmungen, Anweisungen usw., die bisher von höheren und niedrigeren Instanzen auf dem Gebiete der „Behebung" der Wohnungsnot getroffen wurden, waren nur aus Papier. Man erläßt zwar Verfügungen, aber die Wohnungsnot mit ihren Wurzeln auszurotten: dazu hat man keine Courage. Wenn aber die früheren Verfügungen und die dazu gehörigen Erklärungen noch zum wenigsten stilistisch gut waren, ist diese Zuschrift überschrieben mit dem unverständlich-mystischen Wort:

„Wohnungsmangelrecht"

* **Quartiere gesucht!** Zu der am Sonntag, dem 12. Oktober, stattfindenden Bezirkskonferenz des Roten Frontkämpfer-Bundes werden noch eine Anzahl Quartiere benötigt. Anmeldung abends von 7 Uhr an in der „Produktiv".

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, „La Traviata"; Donnerstag, abends 7 Uhr, Gastspiel Paul Wegener als „Mephistopheles" in „Faust 1"; Freitag „La Traviata"; Sonnabend „Die neugierigen Frauen"; Sonntag „Sommernachtstraum"

* **Die Morgenfeier für Carl Maria von Weber** im Stadttheater findet am Sonntagvormittag 11½ Uhr im Stadtheater statt. Den einleitenden Vortrag hält Professor Dr. Schering von der hiesigen Universität. Außer dem gesamten Stadttheater-Orchester unter Leitung von Generalmusikdirektor Erich Band wirken mit: Ewald Böhmer (Bariton) und Max Baum (Klarinette). Karten zu kleinen Preisen an der Kasse des Stadttheaters.

* **Paul Wegener als Gast** im Stadttheater. Einen der stärksten Bühnenerfolge erzielte Paul Wegener seinerzeit am Deutschen Theater in Berlin unter Max Reinhardt in der Rolle des „Mephistopheles". Der Künstler spielt diese Rolle in Halle zum ersten Male (Donnerstag).

* **Wittekind-Konzerte.** Jeden Mittwoch und Freitag nachmittag konzertiert das gesamte Wittekind-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Benno Plätz im Saale des Kurhauses Bad Wittekind bei freiem Eintritt.

* **Im 3. Volkstümlichen Sinfoniekonzert** am Donnerstag, dem 9. September, im Zoo wirkt als Solistin Annette Garlepp, eine hervorragende Schülerin Prof. Teichmüllers in Leipzig, mit. Sie bringt Mozarts selten gehörtes Klavierkonzert in D-Moll mit Orchester zum Vortrag. Das Programm bringt im übrigen Glucks Iphigenia-Ouvertüre, acht deutsche Tänze und die Figaro-Ouvertüre von Mozart sowie die G-Dur-Sinfonie Nr. 13 von Haydn. Abonnementskarten bei H. Hothan.

Canena. Mittwoch, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, findet in Baumeyers Lokal eine Gemeindevertretersitzung statt, zu welcher die Arbeiterschaft hierdurch eingeladen ist.

Teicha. Auch hier hat der Bürgerblock vor, ein Grabdenkmal für die gefallenen Soldaten herzurichten. Wir machen jeden Arbeiter darauf aufmerksam, seine Einwilligung zur Mitaufführung des Namens seiner Angehörigen, die im Völkermorden hingeschlachtet sind, nicht zu geben. Etliche Arbeiter haben denjenigen Leuten, die die Liste zur Namenseinwilligung führen, eine ordentliche Abreibung gegeben, so daß Herr Mischur, der nicht mal im Felde gewesen ist, nicht wieder wagt, zu diesen Eltern zu gehen, um den Schandfleck von Teicha zu verschönern. Mischur gehört zu den Kiegshetzern und will nun hier den Helden markieren, obgleich er nichts von alledem gesehen hat. Jeder Arbeiter braucht nur an den Rummel, der vor kurzer Zeit in Morl war, zu denken. Da wurden die Gefallenen geehrt mit dreitägiger Sauferei. — Unser Gemeindewohnhaus sollte schon vor vier Wochen ausgebessert werden, wo es wirklich nottut, aber da sagten die Bauern, es sei kein Geld da. Aber 40 Freßwölfe an einem Sonntag zu füttern und Hunderte von Mark für das Denkmal auszugeben, da kann es gar nicht genug kosten.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend Halle. Heute, **Mittwoch, abend um 8 Uhr wichtige Vorstandssitzung** im Jugendbureau. — Morgen, **Donnerstag,** abend um 7 Uhr **Sitzung aller in der Metallindustrie beschäftigten Genossen** in der Produktiv-Genossenschaft. — Die für **Freitag** angesetzte **Mitgliederversammlung fällt Umstände halber aus,** dafür **gemeinsamer Gruppenabend** in der Produktiv-Genossenschaft.

Aus der Provinz

Roter Frontkämpfer-Bund

Am Sonntag, dem 12. Oktober, vormittags 9 Uhr, findet in Halle („Volkspark") eine

Bezirkskonferenz

statt. Die Tagesordnung lautet:

1. **Der Rote Frontkämpfer-Bund im Kampfe gegen die imperialistische Kriegsgefahr. Referent: Kam. Seemann-Berlin.**
2. **Ausbau und Organisation. Referent: Kam. Borrmann-Halle.**
3. **Der Rote Frontkämpfer-Tag in Halle a. d. S. Referent: Kam. Richter-Halle.**

Alle bestehenden Ortsgruppen des Roten Frontkämpfer-Bundes sowie des Roten Jungsturms haben den Ortsgruppenleiter zu dieser Konferenz zu delegieren. Die Leiter der Unterbezirke haben ebenfalls teilzunehmen.

Die Delegationskosten sind von der delegierenden Gruppe zu tragen. Delegierte, die schon Sonnabend, den 11. Oktober, hier eintreffen, müssen sofort Quartiere anfordern.

Alle bis dahin kassierten Gelder für den Roten Frontkämpfer-Bund sind zwecks Abrechnung mitzubringen.

Kameraden! Die Konferenz ist für die weitere Entwicklung des Bundes von größter Bedeutung und erfordert die Anwesenheit sämtlicher Ortsgruppenleiter.

Mit Rot-Front!

Der Bezirksvorstand.
J. A.: Richter.

An alle Erwerbslosen-Räte im Bezirk!

Die Geschäftsstelle des Bezirks-Erwerbslosenrates befindet sich in Halle, Lerchenfeldstraße 14. Dortselbst finden jeden Montag und Donnerstag von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags Geschäftsstunden statt. Nehmt sofort die Verbindung auf. Anschriften-Adresse: Franz Amende, Dölau b. Halle, Schulstraße 1.

Der Bezirks-Erwerbslosenrat.

„Verbrecher Ebert": 300 Mark Geldstrafe

Wir berichteten seinerzeit von der Verurteilung des faszistischen Apothekers Sturm in Laucha, der bei einem Gespräch die Worte geäußert hatte: **„Ebert sei der größte Verbrecher am deutschen Volke, der verdiene, am Laternenpfahl aufgehängt zu werden."** Das Naumburger Schöffengericht hatte Sturm zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt; der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt. Beide legten Berufung ein. Die Naumburger Strafkammer beließ es jedoch bei dem Urteil der ersten Instanz.

Wir registrieren dieses Urteil, um zu zeigen, wie verschieden die Gerichte urteilen. Wenn ein Kommunist einen „gewöhnlichen Sterblichen" beleidigt, erhält er Gefängnisstrafe; siehe das letzte Urteil des hallischen Schöffengerichts gegen den Genossen Eildermann, der wegen Beleidigung eines Pfarrers, der „Schwarzkittel", „Gotteskncht" und „Drohne" betitelt worden war, drei Wochen Gefängnis erhielt. Auch der „Henker Niedner" war teurer als der „Verbrecher Ebert". Wir wollen nicht weiter zurückgreifen, sondern darauf hinweisen, daß in nächster Zeit noch mehrere Prozesse gegen Kommunisten stattfinden, die zeigen werden, wie objektiv die bürgerliche Justiz urteilt.

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Schutz vor der Schutzpolizei! Am Sonnabend früh ¾5 Uhr brachten zwei Sipoleute zwei Arrestanten nach der Kasernenwache. Ehe dieselben die Wachtstube erreicht hatten, hieben die Sipo auf die wehrlosen Opfer ein, so daß die Wehrufe der Geschlagenen weithin gehört und die Anwohner der Umgegend der Kaserne aus dem Schlafe geweckt wurden. Arbeiter, welche um diese Zeit dort vorbeigingen, sind gern breit, der Leitung der Schutzpolizei noch weitere Mitteilungen zu machen. Man soll nicht glauben, daß die Bevölkerung sich solche Dinge auf die Dauer gefallen läßt. Einstmals kommt der gesamte Unwille aller Leiden explosiv zum Durchbruch. Dann kommt die Abrechnung!

Merseburg. Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Das Thema der vom Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit einberufenen öffentlichen Versammlung lautete: Der Stand der sozialen Fürsorge. An Stelle des angesagten Bundesvorsitzenden Karl Tiedt (Berlin) war die Genossin Appel (Berlin) als Referentin erschienen. Die Genossin führte in ihrem Vortrag aus, daß man 1914 den hinaus ins Feld Ziehenden versprochen habe, für die Hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten in ausreichendem Maße zu sorgen. Von all dem Versprochenen sei aber nichts gehalten worden, sondern man habe die Hinterbliebenen und Invaliden rücksichtslos dem Hunger überlassen. Viele haben von der Annahme des Dawes-Planes eine wirtschaftliche Erleichterung erwartet. Statt dessen sei aber eine weitere Versklavung der Arbeiterklasse eingetreten. In das richtige Licht rückte die Genossin Appel die neue Verordnung des Reichsarbeitsministeriums, die für die gesamten Invaliden eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage bedeutet. Der Reichsarbeitsminister hat eine Mitarbeit der Kriegsbeschädigten und Sozialrentnerorganisationen abgelehnt. Dafür hat er aber von den vaterländischen Volkswohlfahrtsverbänden einen Entwurf angefordert. Besonders hob die Genossin Appel das Verhalten der Reichsbundsführer Marocke und Pfändner hervor, die dieses Machwerk der Vaterländischen geschluckt und gegen die Verbesserungsanträge des Genossen Karl Tiedt gestimmt haben. Zum Schluß ihres Vortrages erklärte die Genossin, daß die vaterländischen Wohlfahrtsvereine dann nur ihre Schäfchen unterstützen werden, wenn diese mit in ihr Horn blasen; alle anderen werden mit leeren Händen ausgehen. Darum, Kriegsbeschädigte des Reichsbundes, Reichsverbandes und Sozialrentnerbundes, fragt die Marocke, Pfändner und Konsorten, was sie für Eure Interessen getan haben! Tretet ein in den Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit! — Anmeldungen nehmen entgegen: Karl Brückner, Gr. Sixtistraße 17; Paul Hübner, Vor dem Gotthardtstor 2; Emil Telschow, Brauhausstraße 3.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

An alle Ortsgruppen des Kreises Zeitz!

Sonnabend, den 11. Oktober, abends 7½ Uhr, in der Schuhmacherherberge

Konferenz aller Ortsgruppen-, Distrikts- und Betriebs-Literatur-Obleute

Die Konferenz soll sich nur mit der Durchorganisierung des Partei-Literatur-Vertriebes in allen Orten und Betrieben beschäftigen. Pflicht aller obengenannten Funktionäre ist es deshalb, unbedingt zu erscheinen.

Fahrtauslagen werden vergütet.

Produktiv-Genossenschaft f. d. Bezirk Halle-Merseburg eGmbH.
Abteilung: Bezirks-Zentralbuchhandlung.
J. A.: G. Borrmann.

Weißenfels. Kreiskonferenz. Am letzten Sonntag fand in Weißenfels eine Kreiskonferenz statt. Genosse Rosenbaum zog in großzügiger Weise die Analyse über die weltpolitische Lage. Die Delegierten waren allgemein der Auffassung, daß durch den Dawes-Plan eine schon fühlbare Verelendung der Arbeiterklasse eingetreten ist. Aus diesem Grunde muß jede Ortsgruppe ihre Aufklärungsarbeit unter der arbeitenden Bevölkerung ganz intensiv aufnehmen und jedes Mitglied zur Mitarbeit verpflichten. Die neugewählte Kreisleitung verpflichtet die Ortsgruppen, mit ihr in engster Fühlung zu bleiben damit eine gemeinsame einheitliche Arbeit gegeben ist.

Weißenfels. Roter Jungsturm. Heute, Mittwoch, Mitgliederversammlung. Treffen 7½ Uhr an den Bezirkssammelplätzen.

Naumburg. Rote Frontkämpfer. Morgen, Donnerstag, Mitgliederversammlung. Alles muß erscheinen!

Teuchern. Versammlung der Internationalen Arbeiter-Hilfe. Donnerstag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal „Grüner Baum" **öffentliche Frauenversammlung.** Thema: **„Die proletarische Mutter und ihr Kind in der bürgerlichen Gesellschaft; nur die proletarische Selbsthilfe sichert den gesunden Nachwuchs der Arbeiterklasse!"** Referentin zur Stelle! Die gesamte arbeitende Bevölkerung ist zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

Zeitz. Roter Frontkämpfer-Bund und Roter Jungsturm. Mittwoch abend ½8 Uhr in der Schuhmacherherberge. Alles muß zur Stelle sein! Liederbücher mitbringen!

Zeitz. Hochwasserschäden. Durch das jüngste Hochwasser ist im Kreise Zeitz ein Schaden von zirka 175 000 Mark angerichtet worden. Die Schäden im Innern der Gebäude sind hierbei noch nicht inbegriffen. Die benachbarten Kreise sind noch schwerer betroffen worden. Es war das folgenschwerste Hochwasser seit dem Jahre 1816.

Silbitz. Zur Warnung! Im benachbarten Steinbrücken wurde dieser Tage ein vierjähriger Knabe zu Grabe getragen, der nach neuntägigem schmerzvollen Leiden infolge von Magen- und Darmentzündung, die er sich durch Trinken von Wasser nach dem Genuß von Obst zugezogen hatte, gestorben ist.

Mansfeld-Sangerhausen

Sangerhausen. Herr Brüll brüllt! Seit geraumer Zeit erschallen besonders scharfe Rufe von seiten der Bankrottspolitiker der SPD., aber nicht etwa gegen die Ausbeuter, sondern gegen die — Kommunisten! Besonders verwunderlich ist dies ja nicht; hat doch die SPD. eine „alte Säule" nach Sangerhausen zurückbekommen. Da die SPD. seit Zerschlagung des Gewerkschaftskartells jede gewerkschaftliche und politische Aussprache nägstlich meidet und dafür sorgt, daß die Kommunisten von ihren Veranstaltungen ferngehalten werden, um die „Einheit" nicht zu stören, versucht man um so mehr die Jauchekübel im „Volksblättchen" auszugießen. Besondere Uebung in diesem Geschäft scheint sich der sattsam bekannte frühere Landarbeitersekretär Brüll auf der Parteischule erworben zu haben, um nun auf die Kommunisten losgelassen zu werden. In Nr. 221 des „Volksblattes" bringt man unter Sangerhausen einen Artikel „Moderne Schweinerei", „Unerhörte Zustände im Eisenwerk Barbarossa", in dem man nicht etwa die Verhältnisse und Arbeitsmethoden im betreffenden Werk einer Kritik unterzieht, sondern man versucht auch hier, sich über den Kern der Sache hinwegzusetzen und sein Parteisüppchen zu kochen. „Wir brauchen keine Organisation", heißt es einleitend, „Nieder mit den Bonzen!" Ersteres steht im scharfen Gegensatz mit der Wirklichkeit und beweist, daß hier wie überall gelogen wird, denn das gerade Gegenteil war die Parole, als ein durchweg kommunistischer Betriebsrat am Ruder war. Seinerzeit fand die Organisation volle Anerkennung bei der Werkleitung, auf Grund ihrer organisatorischen Stärke im Betriebe. **Seitdem aber die Verführer systematisch für Verschlechterung der Arbeiterklasse in bezug auf den Achtstundentag und die Arbeitsverhältnisse Sorge trugen und den Kapitalisten alle Macht wieder in die Hände spielten auf Grund ihrer Erfüllungspolitik,** ist es kein Wunder, daß hier überall die Massenflucht aus den Organisationen einsetzte und der Ruf: „Nieder mit den Bonzen", erscholl. Niemals hieß es: Heraus aus den Gewerkschaften! Die brutale Sklaverei, wie im Artikel geschildert, angefangen vom Direktor Vennebusch bis herunter zu den Meistern, ist auf das Konto jener Leute zu setzen, die glauben, uns den Arbeitern gegenüber verleumden zu müssen. Die Dreistigkeit dieser Bönzchen geht soweit, daß man ihre Sünden den Kommunisten anhängt; man versucht, den Verrat und die Stiefelleckerei den Proleten in den Betrieben zu vertuschen. Läge dem Berichterstatter besonders am Herzen, die grauenhaften Zustände ernstlich zu bekämpfen, dann sollte die SPD. bei ihren Mitgliedern dahin wirken, daß sie mit gutem Beispiel vorangehen und nicht, wie es jetzt geschieht, daß sie 70 bis 80 Stunden schuften und freiwillige Mehrarbeit leisten, zum Schaden der Allgemeinheit. Also ausgemistet im eigenen Stall, bevor man über „moskowitische Methoden" zetert!

Bitterfeld-Delitzsch

Freiroda. Abeblitzter Kommunistenfresser! Mit welchen Mitteln der Stahlhelmführer Krause hier am Orte den Kommunismus auszurotten versucht, zeigt folgendes Beispiel: Herr Krause befindet sich mit seinem Geschirr auf dem Wege nach seiner Wiese. Ihn fragt eine landwirtschaftliche Arbeiterin, ob sie ein Stück mitfahren könne. Hierauf gibt Krause zur Antwort: Wenn

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241008-14/fragment/page=0006

Du es unterläßt, fernerhin bei dem Kommunisten Neubert zu verkehren, kannst Du mitfahren! Das Mädchen hatte aber so viel Klassenbewußtsein, daß sie dem Kommunistenfresser eine gebührende Antwort nicht schuldig blieb. Trotz Aufforderung, sie solle doch in ihrer Freizeit in seinem Hause verkehren, blieb das Mädchen tapfer. Herrn Krause aber wollen wir hiermit sagen, er kann noch ein so großer Maulaufreißer sein, er wird es nicht fertigbringen, auch nur einen Kommunisten zu vertilgen. Ihr landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, Ihr seht, daß man die schäbigsten Mittel anwendet, um Euch von der klassenbewußten Arbeiterschaft fernzuhalten. Gebt allen Gegnern die richtige Antwort, schließt Euch der Kommunistischen Partei an, kämpft mit uns, dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo dieses Gesindel vor uns erzittern wird.

Freiroda. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurden unter anderen die Schulvorstandswahlen vorgenommen. Das Resultat war: zwei Bürgerliche und zwei Kommunisten. Gänse, welche fremde Fluren betreten, können gepfändet werden und werden mit 50 Pfennig Strafgebühren pro Gans belegt. Der Bürgerliche Krause hatte 75. Pf beantragt, dies wurde aber gegen seine Stimme abgelehnt. Sofort beantragte er, daß überhaupt keine Gans ohne Aufsicht das Dorf betreten darf. Dieser lächerliche Antrag, welcher gebührend von unseren Vertretern beantwortet wurde, wurde in der Mehrheit abgelehnt. Dem Nachtwächter, der für seine Nachtwachen bisher 6 Mark bekam, wurden auf seinen Antrag pro Woche 8 Mark bewilligt. Unsere Genossen regten an, ein Gemeindehaus zu bauen; eventuell sollten für Baulustige Baustellen zu einem billigen Zinsfuß aus Gemeindemitteln beschafft werden, um überhaupt das Bauen zu ermöglichen. Beschlossen wird, diese Angelegenheit auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Torgau-Liebenwerda

Niemegk. Unterschriften für das Arbeitsdienstpflichtgesetz sammeln hier Mitglieder des Jungdo. Es geschieht dies zwar sehr „geheimnisvoll", und es werden allem Anschein nach nur Geistesverwandte und Unorientierte aufgesucht. Warum dies, und warum gab man zunächst nicht einmal durch eine öffentliche Versammlung Aufklärung darüber, wie man sich die Arbeitsdienstpflicht denkt, welche Auswirkungen, welchen Nutzen und welchen noch größeren Schaden sie bringen kann? Das wäre doch um so angebrachter gewesen, da wir stark bezweifeln möchten, daß die umherziehenden Jungdowerber in der Lage sein dürften, die nötige Aufklärung zu geben. Scheinbar fürchtet man aber, durch öffentliche Aufklärungsversammlungen noch weniger Unterschriften zu erhalten. Für die Arbeiterschaft ist ja die Sachlage schon klar, wenn sie sich die Werber ansieht. Sie hat vom Jungdo nichts zu erwarten. Was ihr die Arbeitsdienstpflicht bringen wird, ergibt sich sehr gut aus einer Resolution, die in Berlin auf einer Versammlung „entschiedener Schulreformer" gefaßt worden ist. Darin heißt es u. a.: „... lehnt die Arbeitsdienstpflicht ab, da diese 1. eine nichts zu rechtfertigende schwere Beschränkung der persönlichen Freiheit bedeutet; 2. die Tendenz aufweist, die Massen der ihr Unterworfenen zu verdummen usw.; 3. da sie zur Umbiegung und Ausweiterung als Wehrpflicht anlockt; 4. da sie die Löhne drückt und ein Attentat auf das Streikrecht darstellt, also im höchsten Grade arbeiterfeindlich ist ..." Aber auch andere Kreise stehen skeptisch dazu. Die Handwerkergilde e. V. (Kronacher) beschloß auf ihrem Treffen in Leipzig: „Die Handwerkergilde verkennt nicht die ideellen Gedanken, die der Arbeitsdienstpflicht zugrunde liegen. Sie ist nach Prüfung aller Möglichkeiten aber doch zu der Ueberzeugung gelangt, daß die gewiesenen Wege nicht die Auswirkung erreichen, die die Arbeitsdienstpflicht erstrebt. Aus diesem Grunde lehnen wir das Gesetz ab." — Pflicht eines jeden Arbeiters aber ist es — auch in anderen Orten —, die Augen offen zu halten, aufzuklären in jeder Art und Weise gegen die Arbeitsdienstpflicht. Die Unterzeichnenden mag man sich aber etwas merken, damit man, wenn es wirklich zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht kommen sollte, einmal nachprüfen kann, ob sie ihre Kinder mit derselben Bereitwilligkeit zur Verfügung stellen, mit der sie die Unterschriften leisteten. Oder trösten sich viele damit, daß die ihrigen nicht mehr in Frage kommen bzw. daß sich diese ja schließlich (wie beim alten Heer) durch verkürzte Dienstzeit, Reklamation oder schnelle Beförderung ein angenehmes und erträgliches Arbeitsdienstjahr auf Kosten der anderen verschaffen können?

Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. Das Lichtspiel-Theater bringt für Dienstag bis Donnerstag den 2. (letzten) Teil des Kunstfilmes „Helena, die Zerstörung Trojas".

Arbeiter-Sport

Deutsche Leichtathleten und Fußballer fahren nach Rußland

Bereits im Sommer d. J. sollten deutsche Arbeiter-Fußballer nach Rußland fahren, jedoch verhinderte das Auswärtige Amt wegen des Konfliktes mit Rußland die Ausreise. Inzwischen haben haben sich eine Reihe von Vereinen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes an die russische Sektion der RSJ. gewandt, um mit den russischen Sportgenossen in Verbindung zu kommen. Leider schlugen sie nicht die Wege ein, die auf Grund der Schwierigkeiten solcher Reisen eingeschlagen und innegehalten werden müssen. Da diesen Vereinen zum Teil manche Unannehmlichkeit daraus erwachsen ist, daß nicht nicht durch die kommunistische Presse veröffentlichte, von der SPD.-Presse mit Absicht nicht übernommenen Richtlinien zur Herbeischaffung solcher Spiele beachtet haben, hat die Leitung der deutschen Sektion beschlossen, den auf die verkehrte Art gemeldeten Vereinen den Vorzug bei Russenspielen zu geben.

Nunmehr sollen zum Abschluß der russischen Bundesmeisterschaftsspiele auch solche mit deutschen Arbeitersportlern stattfinden. Vor den Deutschen haben bereits die Finnen und Norweger eine Gastrolle in Rußland gegeben. Aus diesem Greunde hat sich die gute Mannschaft des Vereins „Weser", Bremen, nach Leningrad begeben, um dort mit den Betriebssportzellen Spiele auszutragen.

Mit dieser Fußballmannschaft ist eine Mannschaft von Leichtathleten nach Rußland gefahren, um Verbrüderungskämpfe mit den Russen auszutragen.

Nach den Meetings in Leningrad begeben sich die Mannschaften zunächst nach Moskau, wo sie an der Riesenveranstaltung zur Eröffnung des dritten Kongresses der Roten Sportinternationale teilnehmen werden.

---

12. Oktober: Fichte-Sportplatz! An diesem Tage finden die seit längerer Zeit festgelegten Serienspiele statt. Es spielen ½2 Uhr Fichte 2. gegen Wörmlitz 2.; 3 Uhr pünktlich Fichte 1. gegen Wörmlitz 1. Die hallische Arbeiterschaft kann an diesem Tage beweisen, ob sie dem Stahlhelmsporttag in „Feldkluft" mehr Interesse entgegenbringt als den Veranstaltungen ihrer Arbeitsbrüder, die stets getreu dem Motiv: „Dem Volke gilts, während wir zu spielen scheinen" tätig sind. Auf, nach dem Fichte-Sportplatz!

HFC. Minerva. Heute, Mittwoch, punkt 8 Uhr Spielausschußsitzung bei Weinrich. Erscheinen aller ist Pflicht.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Diemitz. Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Werbesportabend unter Mitwirkung des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Fichte-Halle und der Musikgruppe des Touristenvereins „Naturfreunde" Halle. Die gesamte Arbeiterschaft ist hierzu freundlichst eingeladen.

Arbeiter-Schwimmverein Merseburg. Donnerstag, abends 7¼ Uhr, Versammlung im „Herzog Christian", kleines Zimmer. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht.

Briefkasten

Zschornewitz: Für heute zu spät eingegangen — **Wittenberg:** Desgleichen. — **Bitterfeld:** Kommt morgen zur Veröffentlichung. — **Thielo:** Jawohl! — **Pörsten:** Warum soll jetzt auf einen Vorgang, der solange (im Juni!) zurückliegt, zurückgekommen werden? Wenn keine besonderen Gründe vorliegen, wollen wir das lieber sein lassen. Andernfalls bitten wir um Mitteilung. — **Klein-Wittenberg:** Natürlich direkt! — **Weban:** Solange der Einsender uns gegenüber seinen Namen verschweigt, kann Aufnahme nicht stattfinden. Also bitte erst Namen und Adresse angeben. — **Dürrenberg:** Kann erst morgen erscheinen, ist viel zu lang. Die zweite Sache doch nur zur Prüfung? — Infolge Störungen im technischen Betrieb mußten einige Berichte heute zurückgestellt werden.

Aus den Gewerkschaften

Der Weg zum Antibolschewismus

Der Weg Schumachers, Weyers und Kaisers.

Vor uns **„Das Korrespondenzblatt der selbständigen Verbände"**, herausgegeben vom „Kartell der selbständigen Verbände" vom 1. Oktober 1924. Es ist das Organ der aus der KPD. ausgeschlossenen Schumacher, Weyer und Kaiser.

Hiermit ist der erste entscheidende und zweifellose Schritt auf dem Wege zum Antibolschewismus getan. Schon die Benennung des Blattes zeigt, mit welchen Methoden da gearbeitet werden soll. Bekanntlich sind sämtliche selbständigen Verbände der revolutionären Gewerkschaftlinie treu geblieben und haben sich den Beschlüssen des 3. Kongresses der RGJ. gefügt. Wer sich nicht gefügt hat, das sind einige Splitterorganisationen, die ihren Sitz in Berlin haben. Und diese habe fürwahr nicht das Recht, die Arbeiteröffentlichkeit irrezuführen durch Herausgabe eines Organs, welches in dem Titel den Anspruch darauf erhebt, sämtliche selbständigen Verbände zu repräsentieren. Daß dem nicht anders ist, beweist die in der „Roten Fahne" vom 4. Oktober 1924 veröffentlichte Erklärung der Vorstände der Union der Hand- und Kopfarbeiter, Gruppe Metall und Bergbau, des Freien Eisenbahner-Verbandes, des Deutschen Schiffahrtsbundes, des Chemischen Industrieverbandes, des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter und des Verbandes der Land-, Wald- und Forstarbeiter. Das beweisen die im letzten Monat von allen Orten im Reiche, wo Gruppen der selbständigen Verbände vorhanden sind, eingelaufenen Resolutionen. Demnach ist diese absichtliche Irreführung der proletarischen Oeffentlichkeit aufs schärfste zu brandmarken.

Aber noch mehr zu brandmarken ist der Weg, den dieses Organ beschreitet. Daß dies der Weg zum Antibolschewismus ist, beweist fast jede Zeile dieses Blättchens. Das beweisen auch jene Zeilen, die das Gegenteil zu beweisen versuchen. Die Abkehr von den einzigen Zentren der revolutionären internationalen Arbeiterbewegung soll vertuscht werden durch den im Blättchen veröffentlichten **„Offenen Brief an die Mitglieder der selbständigen Verbände."** Der Brief bildet eine Antwort auf den Brief des Vollzugsbureaus der RGJ. vom 19. September und versucht nachzuweisen, daß das Vollzugsbureau der RGJ. den Beschlüssen der RGJ.-Kongresse untreu geworden ist und daß die Schumacher die Rolle der orthodoxen Verfechter dieser Kongresse aus dem obigen Anlaß auf sich nehmen mußten. Der Brief Schumachers stellt fest, daß der 3. Kongreß in der Frage der Unorganisierten beschlossen hat, daß die natürlichen Sammelbecken für die Unorganisierten die Gewerkschaften sind. Und er stellt fest, daß damit eben alle existierenden Gewerkschaften und Splitterorganisationen gemeint sind und nicht nur die freien Gewerkschaften. Und so beschuldigt er den Reichsarbeitsausschuß und die Konferenz der kommunistischen Fraktionen Deutschlands, daß sie eigenmächtig diesen Beschluß ausschließlich auf die **freien Gewerkschaften umgedeutet** haben.

Wie verhält es sich damit? Bei der Formulierung des betr. Beschlusses war man sich auf dem Kongresse klar, daß es sich in diesem Falle nur um derartige Gewerkschaften handelt, wie es in Deutschland die freien Gewerkschaften sind. Das kam in allen Reden und Diskussionen sowohl des Kongresses wie der Kommissionen ungeschminkt zum Ausdruck. Da aber der Beschluß eine internationale Geltung hat, und sich auf Länder erstreckt, wo der Ausdruck freie Gewerkschaften unbekannt und unverständlich ist, hat man bei der Formulierung absichtlich auf diesen Ausdruck verzichtet, da der Sinn der betr. Resolutionen nur einen derartigen Lügner wie Schumacher angeblich unklar bleiben konnte.

An der Wiege der Bekleidungsarbeiter-Verbandes-Opposition stand die Berliner Bezirksleitung, behauptet der Antwortbrief von Schumacher. Und deshalb verlangt Schumacher, daß sie an dieser Wiege bleibt. Denn Schumacher ist eben kein Bolschewik und kann nicht marxistisch denken. Darin unterscheidet er sich gerade von der Berliner Bezirksleitung. Die Kraft der Bolschewiki aber besteht gerade darin, der Situation entsprechend zu handeln und die veränderte Situation zu begreifen. Sie nicht begriffen zu haben, ist die Wurzel der antibolschewistischen Einstellung Schumachers.

Weiter zitiert der Antwortbrief Schumachers die unverschämt dick aufgelegte Lüge der sozialdemokratischen Blätter, als ob der Gewerkschaftskongreß in Hull es abgelehnt hätte, über die Frage der Gewerkschaftseinheit mit den Russen zu verhandeln. Jedes Mitglied der selbständigen Verbände kann nicht nur in den Protokollen des Huller Kongresses, sondern auch in der bürgerlichen Presse nachlesen, daß gerade das Gegenteil wahr ist.

Und schließlich, in einem Atemzuge erklärt Schumacher, daß der RAA. die selbständigen Verbände zum Absterben verurteilt hat und erklärt sich einverstanden mit dem eigentlichen Sinn der Beschlüsse des RAA., die doch gerade darauf hinauslaufen:

„Gemeinsamer Kampf der gesamten Gewerkschaftsopposition für die geschlossene Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen und der in den selbständigen, revolutionären Arbeiterorganisationen Vereinigten."

Aber entscheidend für die Einstellung der Schumacher-Clique ist nicht dieser offene Antwortbrief Schumachers, sondern vielmehr der Artikel „Antibolschewisten?" Daß dieser Artikel derartigen Blödsinn enthält, wie die Behauptung, daß die Bolschewiki aus dem Russischen übersetzt „Mehrforderer", während die Menschewiki die „Wenigerforderer" bedeuten, beweist, daß in dem Organ Schumachers Leute schreiben, die sich nicht geniren, ihre verblüffenden Unkenntnisse der gesamten Welt an die Nasen zu binden. Sonst müßten sie endlich wissen, daß die Bezeichnungen Bolschewiki und Menschewiki vom 2. Kongreß der russischen Partei stammen, wo bei der Spaltung die Gruppe Lenins die Mehrheit hatte und daher Bolschewiki genannt wurden.

Aber dies ist nebensächlich. Es ist nur symptomatisch für das völlige Unverständnis des Autors für den Bolschewismus. Während der 5. Kongreß der KJ. den Bolschewismus als die revolutionäre Methode des Marxismus auf die ganze Internationale erstreckt hat, kommt der Schumachersche Mitarbeiter zu folgender Ablehnung des Bolschewismus:

„Aus obigem ergibt sich sehr eindeutig, daß in theoretischer Hinsicht von einem Bolschewismus bezw. einer Bolschewisierung in Mittel- und Westeuropa keine Rede sein kann. Von einer praktischen Anwendung der taktischen Methoden kann jedoch noch weniger die Rede sein, da hierzu in noch höherem Maße als für die theoretische Anwendung die notwendigen Voraussetzungen fehlen."

Also, da haben wirs: Dies die Prinzipienerklärung der Schumacher-Leute!

Nicht vergeblich leistet sich das Grüppchen des Revolutionsbegräbnisses, die KAPD., einen großen Aufruf an „Die Mitglieder der KPD., der Union der Hand- und Kopfarbeiter und der selbständigen Verbände." Dieser Aufruf soll nichts anderes nachweisen als das Organ Schumachers. Sie unterscheiden sich nur in dem Zeitpunkt. Während die KAPD. das Rußland vom Jahre 1920 schon dem Rußland vom Jahre 1917 gegenüberstellt und die Dritte Internationale schon von demselben Jahre an als Zentrum der Konterrevolution bezeichnet, ist Schuhmacher auf dem Wege, dies auf das Jahr 1924 zu verschieben. Wir danken ihm für diesen Aufschub. Wir sind überzeugt, daß ihm aber dahin kein ehrlicher Proletarier folgen wird. Die Hoffnungen der Syndikalisten und KAPD.isten sind vielleicht nicht vergeblich. Aber die einzige Beute, die sie von diesem Fischfang nach Hause holen werden, werden die drei „Säulen" der allerneuesten Methode des Antibolschewismus, der Schumacher, der Weyer und der Kaiser werden.

Die revolutionären Gewerkschafter Deutschlands sind genug gewarnt schon durch die ersten Schritte dieser Gesellschaft. Sie wissen, daß es außerhalb des Rahmens der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale keine revolutionäre Arbeiterbewegung gibt. Den Selbstmord zu begehen, die Wege der KAPD. oder der Syndikalisten zu wandern, wird kein Schumacher imstande sein, ihnen einzuflüstern.

Kommunistische Metallarbeiter, seid auf der Hut!

Eine Handvoll sozialdemokratischer Gewerkschaftsbonzen — an der Spitze der Bezirksleiter Rößler — sind eifrig am Werke, die hallische Metallarbeiterbewegung zu zertrümmern, um die kommunistische Ortsverwaltung zu beseitigen.

Diese unsauberen Pläne müssen wir verhindern!

Aufgepaßt! Kommunistische Metallarbeiter!

Heute, Mittwoch, den 8. Oktober, abends 7½ Uhr, findet zur Beratung der Gegenmaßnahmen in der „Produktiv-Genossenschaft" eine

Versammlung sämtlicher kommunistischen Metallarbeiter statt. Jeder Betrieb muß vertreten sein! Ohne Parteiausweis kein Zutritt.

Die hallischen Metallarbeiter protestieren gegen die Hungerlöhne und längere Arbeitszeit

Zurzeit wird in der Metallindustrie 8, 9 und 10 Stunden gearbeitet. Vielfach besteht auch Kurzarbeit. Es war deshalb seitens der Ortsverwaltung ein Wagnis, die Protestversammlung am Montag im Anschluß an die Arbeitszeit abzuhalten. Wenn sie trotzdem gut besucht war (das „Volksblatt" behauptet natürlich das Gegenteil, um die kommunistische Ortsverwaltung herunterzureißen), so ist das ein Beweis, wie groß die Erbitterung bei den Metallarbeitern über ihre schmähliche Entlohnung ist. Die Erbitterung wurde noch stärker, als die Kollegen Höcker und Gröbel bei ihrer Berichterstattung das Verhalten der Metallindustriellen kennzeichneten. Erklärte doch einer dieser „Herren" vor dem Schlichtungsausschuß wörtlich:

„Die Teuerung allein ist noch kein Grund, um die Löhne zu erhöhen!"

Ein anderer Unternehmer hat dem Betriebsrat, der eine Lohnerhöhung verlangte, erklärt:

„Ob sie (die Arbeiter) mit ihren Löhnen auskommen, interessiert mich sehr wenig, die Hauptsache ist, daß mein Betrieb rentabel arbeitet!"

Auf Antrag des DMV. hat der Schlichter nach einer Verhandlung am Montag, dem 6. Oktober, den **Schiedsspruch für verbindlich erklärt.**

An der **Aussprache** beteiligten sich eine Reihe Kollegen aus den Betrieben, die sämtlich die **Notwendigkeit** einer starken Organisation hervorheben.

Kollege Höcker wies im Schlußwort auf die Kämpfe hin, die in den nächsten Monaten auch in der mitteldeutschen Metallindustrie zu erwarten sind. Die Metallindustriellen wollen die Festlegung der verlängerten Arbeitszeit, Beseitigung des Urlaubs, Einführung von Ortsklassen und sind schon dabei, dauernd die Akkordpreise zu reduzieren. Es muß, so führte der Referent aus, Remedur in den Betrieben geschaffen werden. Nur aktive, politische und gewerkschaftliche Betätigung kann die Arbeiterschaft vor weiterer Verelendung retten.

Folgende Entschließung wurde eingebracht:

Trotzdem seit vier Monaten in der mitteldeutschen Metallindustrie keine Erhöhung der Löhne erfolgte, haben die Metallindustriellen den Schiedsspruch vom 26. September abgelehnt. Erst durch die Verbindlichkeitserklärung seitens des Schlichters wurde den Metallarbeitern eine Lohnerhöhung von 2 bzw. 1 Pf. zugesprochen. Diese Erhöhung steht in keinem Verhältnis zu der ungeheuren Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel. Auch diese Lohnbewegung hat bewiesen, daß die Unternehmer durch Senkung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit alle Lasten des Dawes-Gutachtens auf die Arbeiterklasse abwälzen wollen.

Die am 6. Oktober im „Volkspark" versammelten hallischen Metallarbeiter nehmen diese Herausforderung der Metallindustriellen zur Kenntnis. Sie geloben, unverzüglich und mit allen Kräften an der Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation, des DMV., zu arbeiten, um die Unternehmer zu zwingen, den Teuerungsverhältnissen entsprechende Löhne zu zahlen.

Die versammelten Metallarbeiter erblicken in der großen Zahl der Unorganisierten ein Hindernis für die kommenden wirtschaftlichen Kämpfe. Sie weisen jede weitere Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung als schädlich für die Arbeiterschaft zurück.

Hinein in den Deutschen Metallarbeiterverband!

Kämpft für die Erhöhung der Löhne, für die Wiedereinführung des Achtstundentages!

Diese Entschließung fand **einstimmige** Annahme.

Mit der Aufforderung, sofort die Werbearbeit in den Betrieben aufzunehmen, fand die Demonstration ihren Abschluß.

*

Freitag, den 10. Oktober, abends im „Volkspark", Mitgliederversammlung. U. a. Abrechnung vom 3. Quartal und Aushändigung der neuen Lohntafeln.

Es wird erwartet, daß die gesamte Mitgliedschaft in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung erscheint.

Die Lohnbewegung des Fahrpersonals der hallischen Straßenbahn

Nachdem der Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden den Schiedsspruch der Bezirksschiedsstelle, welcher für das Fahrpersonal der Straßenbahn eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde vorsah, abgelehnt hat, ist nunmehr der Zentralausschuß in Berlin zur Entscheidung angerufen worden.

Der Zentralausschuß tagt am Donnerstag, dem 9. Oktober, vormittags 9 Uhr, in Berlin. Hier wird es sich zeigen, ob der Magistrat der Stadt ernstlich gewillt ist, der wirtschaftlichen Notlage der Arbeitnehmer Rechnung zu tragen. Letzten Endes liegt es an ihm, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, damit endlich dem Fahrpersonal der ihm zustehende Lohn entsprechend seiner Verantwortung auch hier zur Auszahlung gelangt.

Die Führer und Schaffner werden am Freitag, dem 10. Oktober, vormittags 9 Uhr und abends 7 Uhr, im „Volkspark" zu den Beschlüssen des Zentralausschusses Stellung nehmen. Es ist daher Pflicht sämtlicher Kollegen, zu diesen Versammlungen pünktlich und bestimmt zu erscheinen.

Deutscher Verkehrsbund, Verwaltung Halle,
Abt. Straßenbahner.

Erklärung

In Berlin erscheint eine Zeitung, die sich **„Korrespondenzblatt der selbständigen Verbände"**, Zeitschrift für Gewerkschafts- und sozialistische Politik, Wirtschafts- und Arbeiterrecht, herausgegeben vom Kartell der selbständigen Verbände, nennt. Die Herausgeber dieser Zeitschrift sind die Antibolschewisten Weyer, Schumacher und Kaiser. In dem Geleitwort wird geschrieben, daß die Zeitung wahrheitsliebend berichten will.

Die unterzeichneten Vorstände der selbständigen Verbände erklären, daß sie mit diesem Machwerk nichts gemein haben.

Union der Hand- und Kopfarbeiter, Industriegruppe Metall, Max Müller; Industriegruppe Bergbau, Gustav Sobotka.
Freier Eisenbahnerverband: Schmidke.
Deutscher Schiffahrtsbund: A. Walter.
Chemischer Industrieverband, Ludwigshafen: Baumgärtner.
Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter: Otto Bachmann.
Verband der Land-, Wald- und Forstarbeiter: Rauh.

Verantwortlich: Marianne Gundermann, Halle, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241008-14/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Leo Trotzki

Vom Publizisten zum Staatsmann

In Berlin gibt es keine revolutionären Intellektuellen.

Das bewies einmal wieder die Besucherstärke des Abends, zu welchem der „Neue Deutsche Verlag" im Westen Berlins (im August-Förster-Saal) ein Referat Leo Lania's über das oben bezeichnete Thema angekündigt hatte. Wenn man bedenkt, daß Berlin unter den Weltstädten ein ziemlich später Emporkömmling ist, wo es eine gediegene bürgerliche, geistige Tradition, wie etwa in Wien, nie gegeben hat, und vor allem den heutigen rapiden Verfall des Bürgertums überhaupt, so ist das nicht weiter verwunderlich, denn die Entscheidung über die künftige Weitergestaltung des politischen und kulturellen Lebens liegt allein bei den revolutionären Arbeitermassen der Großbetriebe.

Die Ausführungen des Genossen Lania, der durch seine Schrift „Gewehre auf Reisen" bekannt ist, waren, wenn er auch auf die Probleme nur Streiflichter warf, höchst interessant: Trotzki, den seine Emigrantenzeit von Wien nach Paris, dann nach London und Amerika trieb, nahm die wichtigsten Elemente der verschiedenen Nationen und ihrer geistigen Strömungen in sich auf und erwarb sich vor allem eine spezielle Kenntnis der französischen Arbeiterbewegung. Es ist dies ein Unterschied zu dem „Bauern" Lenin, der in den verschiedenen Ländern immer mit seinen Gedanken in Rußland war. Als Kriegsberichterstatter während des Balkankrieges legte Trotzki den Grund zu seinen militärischen Kenntnissen. Seine Rolle ist, die Brücke nach Westeuropa zu schlagen, er ist der psychologische Vermittler (und darin könnte man das Jüdische in ihm erblicken). Mit Lenin kam er zuerst 1902 in London in Berührung, sein Verhältnis zu Lenin war gleich am Anfang das eines Schülers zum Meister. Bei der von Lenin scharf herausgemeißelten Trennung zwischen Bolschewisten und Menschewisten hielt er sich abseits, während er in der Revolution von 1905 militärisch die Hauptrolle im Petersburger Arbeiterrat spielte. Schon im Oktober 1914 verfaßte er eine Schrift gegen die 2. Internationale. In der Umwälzung von 1917 fungierte er zuerst als Außenminister. Während nun Lenin als der kühlste Realpolitiker für sofortige Annahme der Friedensbedingungen war, Lunartscharski z. B. für die Fortsetzung des Krieges, nahm Trotzki eine Mittelstellung ein. Er war dafür, daß man die deutsche Armee sich in Bewegung setzen lassen und erst dann unterzeichnen sollte. Er änderte dann auch nach Brest-Litowsk seine politische Stellung und übernahm die Organisation des Eisenbahnwesens. Nach einer kürzeren Tätigkeit im Wirtschaftsrat begann seine Organisierung der Roten Armee (Ende November 1917). Ueber Militärfragen gab es bisher in der Arbeiterbewegung nur wenig Material, es waren nur die kurzen Hinweise im „Anti-Dühring" (S. 171 ff.), in der „Lessing-Legende", in Jaurès „Nationale Armee" und in den Untersuchungen von Schulz vorhanden. Und bei den besonderen Schwierigkeiten, die Russen zu organisieren, von denen es sprichwörtlich hieß, daß „es nicht möglich sei, zehn Leute zusammen zu photographieren", begreift man die kolossale organisatorische und militärische Leistung Trotzkis. Er begann mit der Bildung proletarischer Freiwilligenverbände und verstand es, trotz der Uebernahme zaristischer Generale, den revolutionären, proletarischen Charakter der Armee zu sichern.

Es ist bekannt, daß noch zweimal die Differenzen zwischen der in Lenin verkörperten Partei und Trotzki offen zum Austrag kamen: in der Gewerkschaftsfrage und der Frage der Parteidemokratie. Historisch und psychologisch ist dabei nun die Tatsache von großer Bedeutung, daß Trotzki bei diesen Meinungsgegensätzen stets vor der Parteimajorität kapituliert. Wie es im Wesen der bürgerlichen Revolution — so scheint es mir — liegt, daß ihr individualistischer Charakter die Tendenz zum Bonapartismus unvermeidlich in sich trägt, so folgt aus dem kollektivistischen Charakter der proletarischenRevolution die unausweichliche Tendenz der Einordnung individueller Differenzen in das große Ganze. Trotzki hat ein geniales Hörvermögen für die unterbewußten Strömungen des historischen Prozesses, ihm fehlt Lenins gewaltige Gabe der Synthese, der Umwandlung des revolutionären Dranges in zukunftsperspektivisch orientierte — aber konkret — nüchterne Realpolitik. In diesem Sinne ist Trotzki, wenn wir ihn als Typ fassen, eine „Gefahr" für die Revolution, aber eben eine notwendige, dialektisch zu begreifende Gefahr.

Die organisatorische Kraft Trotzkis beruht auf einer starken Kraft der Organisation seines inneren Lebens. Es ist eine phänomenale Leistung, wenn er die Zeit und Kraft aufbringt, noch über die „Fragen des Alltagslebens" oder „Literatur und Revolution" erstklassige Monographien zu schreiben. Trotzki weiß nicht nur bei Marx und Clausewitz gründlich Bescheid, sondern ebenso bei Aristoteles, Goethe oder Maupassant, oder in der Geschichte der Baukunst. Er hat kürzlich das herrlichste Buch „Ueber Lenin" geschrieben. Eine unbändige Lebenskraft erfüllt das Buch. Wird Trotzki in das Können Lenins hineinwachsen?

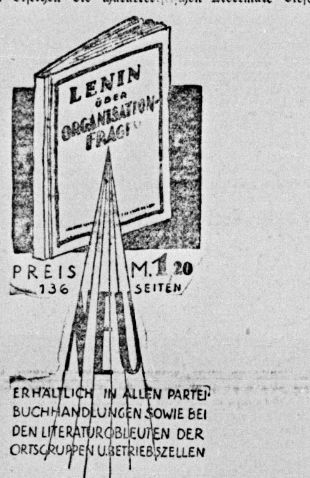
•

Das Referat enthielt eine Menge von Hinweisen, die unser Bericht schon zum Teil ergänzt hat, von Richtpunkten, wie man die allgemein verbreiteten Reden von dem „Juden" oder „Bonaparte" Trotzki wirklich sachlich entschleiern kann. Es zeigt sich dabei vor allem, daß die „großen Männer" nicht aus dem Himmel fallen, wie der Meteorstein in Mekka, sondern nur von einer großen geschichtlichen Bewegung selbst erzeugt und nur in diesem Strom ihre Handlungen ausgelöst werden. Daher kann es in dem Zeitalter der Elektrizität und des Radiums keine Anbetung von „Göttersöhnen" geben, wie man vor dem Politiker Mohammed auf den Knien rutschte, sondern — wie es ein unbekannter russischer Arbeiter formulierte: „Ja Lenin — ich bin Lenin", so durchströmt ein überpersönlicher, diesseitiger Zukunftsglaube, ein täglich wachsendes historisches Bewußtsein die in der weltumspannenden KJ. zusammengefaßten Proletarier der kommunistischen Parteien der Länder.

Kurt Woehe.

Der Genius der Revolution

„Der Leninismus ist eine theoretische und praktische Schule, die einen besonderen Typus des Partei- und Staatsarbeiters heranbildet und einen besonderen leninistischen Stil in der Arbeit begründet. Worin bestehen die charakteristischen Merkmale dieses



Stils? Welches sind seine Eigenschaften? Erstens der russische revolutionäre Elan und zweitens die amerikanische Sachlichkeit. Der Stil des Leninismus ist die Vereinigung dieser beiden Eigenarten in der Partei- und Staatsarbeit. Der russische revolutionäre Elan ist das Gegenmittel gegen die Routine, gegen den Konservativismus, gegen die Trägheit des Geistes, gegen das sklavische Festhalten an den großväterlichen Traditionen. Der russische revolutionäre Elan ist jene lebendige Kraft, die die Gedanken weckt, nach vorwärts treibt, das Alte zerstört, die Zukunft eröffnet. Ohne diesen Elan ist kein Fortschritt möglich. Aber er birgt in sich alle Möglichkeiten, zur revolutionären Routinisiertheit zu werden, wenn er nicht verbunden wird mit amerikanischer Sachlichkeit bei der Arbeit. Die amerikanische Sachlichkeit ist jene Kraft, die keinerlei Wegsperren kennt, die alle Hindernisse mit ihrer sachlichen Nachdrücklichkeit beseitigt, die jede einmal gewonnene Sache bis ans Ende durchführen muß und ohne die eine ernste aufbauende Arbeit undenkbar ist.

Lenin war für die Revolution geboren. Er war der wahre Genius des revolutionären Kampfes und der größte Meister der revolutionären Führung. Nie fühlte er sich so frei und froh wie in der Epoche revolutionärer Erschütterungen. In den Tagen des revolutionären Umsturzes blühte er buchstäblich auf, er wurde hellsehend, er erriet die Bewegungen der Klassen und die wahrscheinlichen Zickzackwege der Revolution, als ob sie von ihm auf einer Karte aufgezeichnet waren. Nicht umsonst hieß es in unseren Parteikreisen: „Iljitsch versteht in den Wellen der Revolution zu schwimmen wie ein Fisch im Wasser." (Aus dem Buche von Stalin: „Lenin und der Leninismus", Verlag für Literatur und Politik, Wien 1924, Preis 1,20 Mk.)

Vereinigte Staaten Europas oder Europa A.-G.?

(Thüringer Verlagsgesellschaft, Jena 1924.)

Edo Fimmen, der ehemalige Sekretär der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, hat unter dem Titel der obigen Ueberschrift eine sehr interessante Broschüre geschrieben. Bekanntlich wurde Fimmen wegen seiner „Neigung nach Moskau" seines Amtes als Sekretär des JGB. enthoben. Wenn wir auch Fimmen mit seiner „Neigung nach Moskau" nicht überschätzen dürfen, so müssen wir doch seiner Schrift große Beachtung schenken, gibt sie uns doch wichtiges Material gegen alle Reformisten und damit auch gegen die eigenen Illusionen Fimmens in die Hand.

Das sind die wichtigsten Punkte der Schrift Fimmens. Trotz der verschiedenen Fehler und Illusionen, die wir klar herausschälen müssen, gibt sie uns doch wichtiges Material gegen die SPD.- und Gewerkschaftsbureaukratie und gegen Fimmensche Illusionen selbst. Gerade in den Kämpfen um die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung müssen wir die bisherige Rolle der Amsterdamer Führer scharf und klar betonen, müssen Fimmens Schrift ausnutzen, aber ebenso vor seinen Illusionen warnen. Nur die klare Einstellung zu diesen Fragen sichert uns die siegreiche Durchführung der Revolution.

Das neue Rußland

Die Nr. 5/6 der von der Gesellschaft der Freunde des „Neuen Rußland" herausgegebenen Zeitschrift „Das neue Rußland" ist erschienen.

Grabowsky schreibt über das russische Erlebnis Bemerkungen, die zum Teil sehr stark von bürgerlicher Führer-Ideologie durchtränkt sind. In einem Artikel von Goldstein über die handelspolitische Stellung Rußlands wird der englisch-russische Vertrag und die Anerkennung durch verschiedene Mächte gewürdigt. Felix Halle schildert das Familienrecht in Sowjet-Rußland. In mehreren anderen Artikeln werden vorwiegend wirtschaftliche Probleme behandelt: Die russische Ernte im Jahre 1924, Sibirien und seine Reichtümer, die russische Bodenforschung, die Arbeiter- und Bauerninspektion, der bürgerliche Professor Obst schildert seine „Reise in Rußland". In einem anderen Aufsatz wird das Musikleben in Sowjet-Rußland ausführlich behandelt. In mehreren Artikeln wird auf die kulturelle Arbeit in Rußland hingewiesen: Der Film in Sowjet-Rußland, der Russische Staatsverlag, das Marx-Engels-Institut, das Institut für die Meeresforschung. Den Abschluß bilden kurze Mitteilungen über Rußland.

Das „Neue Rußland" wird vor allen Dingen zur Propaganda unter Indifferenten und Sympathisierenden verwendet werden können. Unsere Genossen werden diesen Gruppen zeigen, wie selbst bürgerliche Schriftsteller und Professoren gezwungen sind, die Aufwärtsentwicklung in Sowjet-Rußland anzuerkennen.

„Arbeiterrat" Nr. 14 ist erschienen!

1. Die erste Etappe / die Lastenabwälzung beginnnt. 2. „Nieder mit den Betriebsräten" (eine Auseinandersetzung mit dem ADGB.). 3. Die Betriebsräte im gewerkschaftlichen Kampf. 4. Eine gute Darstellung der Klagewege im Arbeitsrecht und Entscheidungen. 5. Der Wirtschaftsteil beleuchtet die imperialistischen Hintergründe der Genfer Völkerbundskonferenz, des chinesischen Bürgerkriges und des georgischen Aufstandes. — Der Preis beträgt nur 10 Pf. Zu beziehen durch die Bezirksleitungen oder direkt durch den „Verlag für Gewerkschaftsliteratur", Max Köhler, Berlin N. 39 Tegeler Straße 15.

Von der Tribüne

1

Von Johannes R. Becher

I.

Wir wollen wieder Menschen werden . . .!

Werte Versammlung! Ich bekenne: unter dieser Katastrophe ist auch mir das Herz allgewaltig aufgebrochen, und sie hat mich, wie ich Ihnen schon andeutete, wunderbare Gedankengänge geführt. Ich habe jetzt eine ganz bestimmte Ansicht von der Nachfolge Christi, einer wahren lebendigen Nachfolge, wie sie heute einzig und allein nur darin bestehen kann, das verschüttete, verwahrloste Menschenherz orkanartig aufzurütteln und zu erwecken; dem einen beinahe schon zur Natürlichkeit gewordenen Wahn anheimgefallenen Menschen unwiderlegbar aufzuweisen, wie er, der heutige vergesellschaftete Mensch, in jeder seiner Handlungen gesellschaftsgesetzmäßig ein Gegner seiner selbst sein muß; wie alle jene herrlichen, vom Menschen geschaffenen Werke immer mehr einbezogen werden in jene gespenstische riesenhafte Vernichtungsmaschinerie, die, ohne daß sich die Menschheit noch dessen bewußt ist, unaufhörlich Vernichtungswillen produziert, Kriege über die Menschheit schleudert, menschenverräterische Ideen aussprengt, Seuchen, Ausbeutung, geistige und leibliche Gefangenschaft . . . Diesen Geist der Vernichtung mit seinen eigenen Mitteln zu vernichten — ich glaube: die Bewußtwerdung des Proletariats zur Klasse, das ist der Stundenschlag, mit dem das Werk der endgültigen Befreiung des Menschen von allen dämonischen Mächten, mit dem das Werk der Menschenwiedergburt aus der Menschengemeinschaft begonnen hat . . . Der Geist der Vernichtung aber, tief im Menschendenken und Menschenfühlen verwurzelt, er wird sich in der Phase des Endkampfes zu einer Stärke und zu einer Wollust von Besessenheit sondergleichen aufraffen, von der wir Heutigen kaum noch eine Vorstellung zu gewinnen vermögen. Trotzdem: schon mit der Tatsache der Kampfansage allein hat sich der Sieg für uns entschieden. Es sind nur scheinbare Triumphe, die der Geist der Vernichtung noch feiert. Er mordet sich selbst, an maßlosen Blutopfern sich berauschend, Tag für Tag auf seinem Rückzugsgefecht. —

Hüten Sie sich vor allen jenen sogenannten „höheren" Wirklichkeiten, „Wahrheiten", die den Menschen von sich als von einer Wirklichkeit abdrängen! Hüten Sie sich vor der „Wirklichkeit Gottes", vor der der Mensch und die Welt zu einem Spuk und etwas Vergänglichem erniedrigt wird. Diese barbarische christliche menschenverächterische Irrlehre hat bisher die Menschheit erfolgreich um das Selbstverständlichste und Allernatürlichste betrogen: ihr Dasein so zu ordnen, wie es ihrer, ihrer inneren Berufenheit nach, allein würdig gewesen wäre . . . Wie viel der Millionen und aber Millionen ist die Schar der wehrlos massenweise Abgeschlachteten im Namen einer phantastischen Gottesliebe! Wahrhaftig, es wäre endlich an der Zeit, daß ein jeder von dem Seinen opferte, um das Heil der Menschen willen . . .

O, die wahre Nachfolge, sie hält sich nicht an den Buchstaben, sie füllt sie mit lebendigst römendem Blut, sie erneuert die Lehre. Der Mensch, eingeordnet dem geschichtlichen Prozeß, ist selbst ein Prozeß. Der Mensch, wahrhaft lebensfähig nur in der Gemeinschaft: das Gesetz der Gemeinschaft ist für ihn das höchste Gesetz. Diesem Gesetz zuwider aber sind alle Gesetze der Gesetzgeber. Brechen wir das Gesetz, des Gesetzes wegen!

Wir müssen lernen, die Vergangenheit wieder als Triebkraft zu gebrauchen. In uns allen wirkt sie bis heute noch als Hemmung.

Der vergesellschaftete Mensch aber ist der geborene „Arrangeur". Lassen Sie mich das erklären! O, wenn eindringlich er erkennte, wie versklavt in all seinem Denken und Fühlen er mit seiner jeweilig ökonomischen Lage ist! Wie versteht er sich darauf, sich in Szene zu setzen: ein brutaler, nichtsdestoweniger illusionslüsterner Machtwillenmensch, rings um sich und hoch hinaus über sich zimmert er ein hohles, abstraktes, glanztriefendes Ideengehäuse, darunter hockt er, wuchert, raubt, mordet und treibt, immer wieder eine andere Phrase als Rechtfertigungsgrund bereit, sein elendes Geschäft; immer wieder zu jenem künstlichen Goldpapierhimmel aufblickend: „Ich bin doch ein höheres Wesen." Selbsttäuschung, Lüge, Bündel von Ausreden, wissenschaftliche Erkenntnisse, psychologische Erfahrung, haufenweis Werke eigener und fremder Kulturen hat er, zu Gebirgen von Folianten, Museen, archäologischen Instituten gestaut, um sich versammelt; ja er, der der Unwert selbst ist, er bestätigt nur allzugern künstlich bei jeder Gelegenheit sich selbst seinen Wert, und der ganze Götzenklimbim und Vergangenheitsunrat muß eben dazu herhalten, daß dieses leergeschöpfte und zu nichts als zu seinem eigenen Untergang bestimmte Geschöpf sich vor sich selbst verantworte. Denn: daß er noch lebendig ist, das, das weiß er nicht aus sich selbst heraus, zu diesem Erinnerungserlebnis seines eigenen, beinahe schon vogeburtlichen Daseins, dazu benötigt er gewaltsamer Anlässe. Wenn er z. B. einen Wurm zertritt, beim Anblick dieser entzweigeschnittenen, sich noch forttrümmenden Leichenteile läßt plötzlich sich in ihm so etwas spüren wie ein Lebensakt: „Siehe da," applaudiert er sich selbst, und klopft sich mit der Hand auf die Schulter: „Siehe da! immerhin noch! Ich lebe!" Wenn einer auf einer Kinderblechtrompete mit vollen Backen in solch einer Welt herumbläst: „Wir sind!" . . . Armselige Narren Ihr, wenn je Ihr selbst daran glaubtet! — Wir waren. Wir werden sein. — Welche Attrappen aber auch belieben diese Herren sich umzutun: vom Geschwätz vom gothischen und neukatholischen Menschen an bis zu den spottbilligsten, heute schon auf einem Jahrmarktsausverkauf zu erstehenden Stoffen, wie „Volksehre", „Nationalbewußtsein", „Vaterland" . . . von der Krawatte, die patriotisch-heroisch imprägniert ist, vom deutschvölkischen Sockenhalter an aufwärts bis zum klerikal-mystischen Zylinderhut: ach, diese ihre Welt, sie gleicht einer mit den kotigsten Farben miserabel getünchten Fassade, durchsichtig und trotz regelmäßiger Uebertünchung brüchig und rissig, durch tausend Gucklöcher gafft sichs hinaus und durch die Ritzen plärrt es der Wind: wie dahinter sich diese sonderbaren Heiligen schamlos betrügen und abwürgen, und, wenn sie auch bis zum Platzen voll sind, schreien: „Hunger! Hunger!" Keiner bekommt genug; keiner läßt dem andern genug. Alle kämpfen gegen Alle. Ein jeder aber vollbringt seine Gemeinheit unter einem anderen heiligen göttlichen Vorzeichen. Es ist immer wieder ein- und dasselbe: Vaterländische Feiern, Sedansgedenktage, Deutsche Tage; voll von Schenkbudenklatsch und Altweibergewäsch, voll von Paraden mit Uniformspuppen und prähistorischen Generalsfratzen, ein Leichenkarneval, demonstrativ illuminiert; schwarz-weiß-rote Fahnenwälder, die wehen, und Redner auf Tribünen, verzwergte Professörlein, die sprechen von Kraft und Tat, die selber, mißvergnügt, eigenbrötlerisch und herrisch, ein Zerrbild der wahren Kraft und der furchtlosen Tat sind. Oder „Seelentage", bengalisch erleuchtet, nach dem Muster von „Tausend und eine Nacht", voll von Verinnerlichungsnackttänzen, Kasteiungsstudien; ein hysterisches Geflacker, endend in einem romantischen Nervenzauber. Ja, wahre Orgien feiert in dieser Zeit des Untergangs eines Teiles der Menschheit, eben dieses Menschenteiles menschliches Mimikri. —

. . . auch die Naturbetrachtung: ob wir in der Schöpfung ein Knäuel sich auf Leben und Tod bekämpfender Wesensarten sehen oder einen Komplex: explosionsartig zwar oft in seinem inneren Bestand erschüttert, aber doch unauflösbar sinnvoll in sich gebunden, alle Geschöpfe für einander da, zur gegenseitigen Hilfe bereit: diese oder jene Möglichkeit der Betrachtung: darin spiegelt unverschminkt sich weiter nichts als unser eigenes gesellschaftliches Sein. Von jeder Stufe der gesellschaftlichen Enwicklung aus ergibt sich auch auf die Natur eine andere Perspektive. Es ändert und wandelt sich auch die Natur in gleichem Maße, wie sich der Mensch ändert und wandelt. — Der Satz Thomas a Kempis: „Was suchst Du Ruhe, da Du zur Unruhe geboren bist", ist richtig für den Menschen einer gewissen gesellschaftlichen Periode, wo Ruhe Seelenträgheit und Gewissensschlaf bedeutet; einmal aber wird der Mensch zur Ruhe geboren sein; Geschlechter werden sein, eingeboren in einen tiefen lauteren Weltenfrieden. —

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241008-14/fragment/page=0008